

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

181

47. JAHRGANG

182

Ausgaben 1/2 2025

Der perfekte Rahmen

TOP-INTERVIEW

Burladingen statt Bangladesch

Bonita Grupp

ENERGIEWENDE

Das muss besser gehen

Friedbert Pflüger

WEITERBILDUNG

Jetzt investieren!

Julia Knopf

Digitale Souveränität ist kein Trend. Sie ist Pflicht.

Wer heute Verantwortung trägt, muss morgen autonom handeln können.
Wir liefern die Technologie und das Know-how, um Ihre digitale Zukunft
unabhängig zu gestalten.



Mehr zu digitaler Souveränität aus Deutschland
für Europa erfahren Sie in unserem Whitepaper.
www.schwarz-digits.de/publikationen/digital-sovereignty

Foto: Neil Killius

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswachstums,

seit der Veröffentlichung der jüngsten TREND-Ausgabe ist so viel passiert – viel zu viel eigentlich für ein einziges Vorwort. „Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert; und Wochen, in denen Jahrzehnte passieren“, wusste schon Lenin. Ich traue mich hier Lenin zu zitieren, weil unser Generalsekretär das in seiner wirtschaftspolitischen Kolumne zur Bundestagswahl, im Standpunkt Steiger, auch schon gemacht hat. Sein berühmtestes Zitat übrigens – also Lenins, nicht Wolfgang Steigers: „Wenn Sie nicht Teil der Lösung sind, sind Sie Teil des Problems, handeln Sie!“ Könnte aber von beiden sein.

Denn darum geht es jetzt: Lösungen finden, handeln. Wir stehen vor der Aufgabe, wirtschaftliche Erneuerung mit politischer Verantwortung zu verbinden. Das verlangt Mut zur Reform, ein klares Bekenntnis zur

*„Wenn Sie nicht Teil der Lösung sind,
sind Sie Teil des Problems“*

Sozialen Marktwirtschaft und ein starkes Bündnis für Europa. Deutschland muss wieder zum Gestalter werden – nicht aus Nostalgie, sondern aus Verantwortung. Verantwortung bedeutet, nicht die kurzfristige Schlagzeile zu suchen, sondern langfristige Strategien zu entwickeln. Es geht um Generationengerechtigkeit – ökonomisch, ökologisch, gesellschaftlich. Die Grundlage dafür ist eine wirtschaftliche Politik, die auf Vertrauen, Unternehmertum und Eigeninitiative setzt. Vertrauen entsteht durch Ver-

lässlichkeit, Planbarkeit und eine Politik, die erkennt: Nicht der Staat schafft Wachstum, sondern die Menschen, die gestalten, gründen, forschen, investieren.

Die Politik kann aber einen Rahmen geben. In der aktuellen Ausgabe des TREND-Magazins gehen wir der Frage nach, was zu einem perfekten Rahmen gehört: Billige Energie aus Russland, günstiger militärischer Schutz durch die USA und hohe Exportnachfrage aus China – über Jahrzehnte hinweg waren diese Faktoren maßgeblich für Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg. Die Frage ist: Was kommt danach? Wie kann Deutschland sein „Geschäftsmodell“ neu erfinden und wettbewerbsfähig bleiben? In diesem Heft suchen wir nach Antworten. In diesem Heft suchen wir nach Antworten. Wir sprechen mit Experten (Seite 30), Unternehmern (Seite 6) und Politikern (Seite 24) darüber, wie der perfekte Rahmen für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft aussehen könnte – und was das mit der Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft zu tun hat. Unser Ziel bleibt: ein starkes Deutschland in einem handlungsfähigen Europa. Der Wirtschaftsrat soll dabei eine starke Stimme bleiben – für marktwirtschaftliche Prinzipien, für Unternehmertum, für Fortschritt.

*Herausgeber
Jürgen Schmidt-Haendchen*



Foto: Wolf Lux

6 INTERVIEW

Burladingen statt Bangladesch

„Da wünsche ich mir als jemand, der Verantwortung trägt, mehr Orientierung der Politik“: Bonita Grupp ist seit 2024 Geschäftsführerin des Traditionsherstellers Trigema und spricht im TREND-Interview über Herausforderungen in der Politik, Chancen als Unternehmerin und warum Optimismus Pflicht ist.



Grafik: AdobeStock©jozefmici

14 TITEL

Mehr Markt wagen

Das Wachstum stagniert, Unternehmen wandern ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit schwindet. Eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft könnte Deutschland zu neuer Stärke führen. Nicht durch staatliche Eingriffe, sondern durch klare Regeln, fairen Wettbewerb und unternehmerische Freiräume. Die Ordnung steht bereit: Eine neue, unionsgeführte Bundesregierung hat nun die historische Chance und Pflicht zu einem marktwirtschaftlichen Neustart.

START

EDITORIAL

3 ► Astrid Hamker

TITEL

INTERVIEW

6 Burladingen statt Bangladesch
► Bonita Grupp

MEHR MARKT WAGEN

14 Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft
► Peter Hahne

22 Ohne Geburt keine Renaissance
► Lukas Breitenbach

AKTUELL

INTERVIEW

24 „Es geht um Freiheit statt Reglementierung“
► Friedbert Pflüger

INDUSTRIE

28 Koalitionsvertrag setzt richtige Impulse
► Rüdiger Kuhn

SICHERHEIT

30 Zivile Zeitenwende
► Martin Lammert und Björn Stahlhut

WEITERBILDUNG

34 Weiterbildung als Wachstumsmotor
► Julia Knopf

WIRTSCHAFTSRAT

INNENANSICHT

37 Digitale Mitgliederkarte
► Lukas Breitenbach

IMPRESSIONEN

38 Wirtschafts- und Werte-Akademie Kloster Eberbach
► Simon Steinbrück

STANDPUNKT

44 Warum Identitätspolitik und Cancel Culture nicht zur Sozialen Marktwirtschaft passen
► Wolfgang Steiger

AUS DEN LÄNDERN

50 Rückblick | Einblick | Ausblick

FORUM

55 Im Spiegel der Medien:
Ampel-Aus, Wahlkampf und Regierungsbildung

58 Zum Schluss gefragt:
Drei Fragen an Christophe Darley

58 Impressum

Foto: AdobeStock©Innovative Shots



30 SICHERHEIT

Zivile Zeitenwende

„Es ist offenkundig, dass sich die militärische Verteidigung auf die zivile Verteidigung abstützen muss“: Die Sicherheitsexperten Martin Lammert und Björn Stahlhut schreiben über die Zivile Zeitenwende und was gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit mit einer starken Wirtschaft zu tun hat.

Foto: Arne Landwehr



38 IMPRESSIONEN

Wirtschafts- und Werte-Akademie Kloster Eberbach

Eine überzeugende Wirtschaftspolitik kann nicht am Reißbrett in Beamtenstuben entworfen werden. Deshalb steht der Erfahrung- und Meinungsaustausch zwischen maßgeblichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Mittelpunkt dieser Zusammenkunft für die Soziale Marktwirtschaft. Die anregenden Impulse, die fundierten Analysen sowie die inspirierenden und persönlichen Gespräche sind prädestiniert, dafür einen Beitrag zu leisten und ermöglichen es, Teil eines exklusiven Netzwerks zu werden. Die unvergleichliche Atmosphäre im Kloster Eberbach schafft dafür einen idealen Rahmen.

Anzeige

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

Gib mir fünf: Die Regeln für ein faires Spiel.

Legale Spielhallen erkennt man
an fünf **Regeln:**

Zutritt nur ab 18 · Kein Alkohol
Geschultes Personal · **Verbraucherschutz**
Geprüfte Qualität



Für weitere Informationen
QR-Code scannen
automatenwirtschaft.de

AUS VERANTWORTUNG

FÜR DAS SPIEL

Burladingen statt Bangladesch





Über Bonita Grupp

Bonita Grupp (*1989) ist Geschäftsführerin des Textilunternehmens Trigema. Seit 2024 führt sie das Familienunternehmen gemeinsam mit ihrem Bruder. Bonita Grupp hat in London Betriebswirtschaft studiert und machte ihren Master in Wirtschaftsgeschichte. Sie verantwortet bei Trigema die Bereiche Marketing, E-Commerce und Personal. Für die CDU sitzt sie im Kreistag des Zollernalbkreises.

Von Lukas Breitenbach. Fotos: Wolf Lux

Bonita Grupp kennt das natürlich alles schon: das Geplänkel am Anfang, die Fragen, die Antworten. Seit sie mit ihrem Bruder Wolfgang jr. im vergangenen Jahr die Leitung des Familienunternehmens übernommen hat, steht sie mindestens genauso in der Öffentlichkeit wie ihr berühmter Vater. Sie sitzt in Podcast-Studios, in Talkrunden und heute, an einem sonnigen Frühfrühlingstag, im Großraumbüro in der zweiten Etage der Trigema-Konzernzentrale in Burladingen. Bonita Grupp schreibt gerade noch eine Mail fertig, sitzt im nächsten Moment schon in der Besprechungsecke und erwartet die erste Frage. Die Antworten kommen schnell, routiniert, souverän. Nur bei einem Thema, ganz zum Schluss, will ihr nichts einfallen: Was man denn in Burladingen unbedingt gesehen haben muss?

— Frau Grupp, wir leben in bewegten und bewegenden Zeiten. Die vergangenen Wochen und Monate haben längst das Prädikat historisch verdient. Wie haben Sie die Zeit erlebt?

Man bekommt das Gefühl, dass vieles hinter verschlossenen Türen passiert. Ich kann nur hoffen, dass es jetzt zügig

vorangeht. Die Menschen haben gewählt in der Hoffnung auf wirtschaftliche Reformen. Wenn diese nun ausbleiben, wäre das fatal. Gerade jetzt, wo Milliarden an neuen Schulden gemacht werden, erwarten die Leute zurecht, dass das Geld verantwortungsvoll eingesetzt wird. Es braucht klare Entscheidungen, gezielte Reformen und keine Politik mit der Gießkanne.

— Sie sind auch CDU-Mitglied. Wie schwer ist es für Sie, als Politikerin und Unternehmerin die aktuelle Haushaltspolitik zu vertreten? Schlagen da zwei Herzen in Ihrer Brust?

Natürlich ist das eine 180-Grad-Wendung, die man erst mal verarbeiten muss ...

— ... als Unternehmerin oder Politikerin?

Beide. Als Unternehmerin wünscht man sich natürlich Verlässlichkeit. Aber ich verstehe auch, dass geopolitische Entwicklungen, etwa die Aussagen von Trump oder die Verteidigungsdebatte in Europa, neue Prioritäten setzen.

Trotzdem muss das Geld jetzt klug eingesetzt werden. Keine Wahlgeschenke, sondern Investitionen in unsere Zukunft, die den Rahmen für gutes Wirtschaftswachstum bilden.

— Wenn man über Rahmenbedingungen spricht, ist ein zentrales Thema der Fach- und Arbeitskräftemangel. Sie haben in der Sache mal in Richtung Rechtsaußen gesagt: Es hieße „Made in Germany“ und nicht „Made by Germans“. Wieso war die Klarstellung nötig?

Wir haben mittlerweile Mitarbeitende aus über 42 Nationen. Ohne sie wäre unsere Produktion nicht mehr denkbar. In der Textilindustrie ist vieles Handarbeit, vor allem mit elastischen Stoffen. Wir arbeiten an Automatisierung, aber viele Schritte lassen sich nicht ersetzen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gut integrieren und Visa- und Arbeitsprozesse beschleunigen. Die Wartezeiten sind oft absurd lang.

„Wenn jemand Teil der ‚Betriebsfamilie‘ ist und dann plötzlich weg soll, ist das ein emotionaler Einschnitt.“

Ein Beispiel: Einer unserer Mitarbeitenden – bestens integriert, verlässlich, beliebt im Team – sollte abgeschoben werden, obwohl er seit Jahren hier lebt und arbeitet. Der Fall wurde damals öffentlich und hat große Wellen geschlagen. Für uns war völlig klar: Wir kämpfen für ihn. Es gab Solidaritätsbekundungen, Petitionen, mediale Berichterstattung. Viele Menschen aus der Region haben sich eingesetzt – aus dem Betrieb, aus der Nachbarschaft, aus der Politik. Das war bewegend, aber es hat auch gezeigt, wie groß die Lücke zwischen Lebensrealität und Verwaltungspraxis ist. Solche Situationen sind extrem frustrierend. Nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Belegschaft. Wenn jemand Teil der „Betriebsfamilie“ ist und dann plötzlich weg soll, ist das ein emotionaler Ein-



schnitt. Und es zeigt: Integration funktioniert – aber sie wird oft politisch und bürokratisch ausgebremst. Das muss sich ändern.

— Sie bieten Wohnraum, Deutschkurse, Integrationshilfe an – warum ist das für Sie selbstverständlich?

Weil Arbeit ein Schlüssel zur Integration ist. Wir sehen das jeden Tag: Wer arbeitet, hat Kontakt, Sprache, Orientierung. Deswegen kooperieren wir mit Agenturen, bieten Job-Speed-Datings an, holen Leute in unser Werk, zeigen ihnen, wie das Arbeitsleben bei uns aussieht. Und oft bleiben sie dann auch.

„Es ist unser Markenzeichen, dass wir zu 100 Prozent in Deutschland produzieren.“

— Sie sprechen viel von Bürokratie. Was konkret wünschen Sie sich?

Weniger Hürden. Mehr Vertrauen. Und vor allem: Eigenverantwortung. Der Staat muss nicht alles kontrollieren, sondern sollte es Unternehmen leichter machen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Und das betrifft nicht nur uns, sondern viele mittelständische Betriebe, gerade im ländlichen Raum.

— Stichwort ländlicher Raum: Was unterscheidet die „Burladinger Blase“ von der Berliner?

Hier ist man weniger anonym, enger vernetzt. Das ist ein Vorteil, aber auch eine Herausforderung. Wir haben nicht denselben Zugang zu ÖPNV oder Breitband. Vieles müssen wir selbst finanzieren – sogar beim Glas-



Über Trigema

Trigema ist Deutschlands größter Hersteller von Sport- und Freizeitbekleidung mit Sitz im schwäbischen Burladingen. Das 1919 gegründete Familienunternehmen beschäftigt rund 1.200 Mitarbeitende und produziert ausschließlich in Deutschland – vom Garn bis zum fertigen Produkt. Als Mittelständler mit Haltung steht Trigema für Qualität, soziale Verantwortung und Standorttreue. Bekannt wurde die Marke auch durch ihr langjähriges Werbegesicht: Schimpanse Charly.

faser-Ausbau. Das kann sich nicht jedes kleine Unternehmen leisten.

— **Trigema produziert komplett in Deutschland: Burladingen und nicht Bangladesch. Wie lange noch?**

Solange es geht. Das ist unser klares Ziel. Es ist unser Markenzeichen, dass wir zu 100 Prozent in Deutschland produzieren – und das seit über 100 Jahren. Wir suchen ständig nach Wegen, wie wir das auch in Zukunft möglich machen können. Zum Beispiel, indem wir bestimmte Produktionsschritte automatisieren. Nicht, weil wir Arbeitskräfte ersetzen wollen, sondern weil wir schlicht nicht genug finden. Die Arbeit mit elastischen Stoffen erfordert viel Fingerspitzengefühl. Das kann nicht jeder und nicht alles lässt sich sofort maschinell lösen. Aber wenn wir es schaffen, einfache Nähte zu automatisieren, können wir unsere erfahrenen Mitarbeiterinnen gezielt für die anspruchsvolleren Aufgaben einsetzen. So funktioniert das Modell langfristig, hoffentlich.

— **Jetzt stehen Sie, gemeinsam mit Ihrem Bruder, am Steuer. Wie haben sich die Anforderungen an Unternehmerinnen und Unternehmer verändert?**

Früher gab es mehr Planbarkeit. Heute haben wir Lieferkettenprobleme, Energieunsicherheit, Fachkräftemangel – das alles erfordert Flexibilität. Wir investieren in neue Energielösungen, weil wir nicht wissen, was in fünf Jahren gilt. Diese Unsicherheit ist belastend. Da wünsche ich mir als jemand, der Verantwortung trägt, mehr Orientierung der Politik.

— **Sie sprechen von der Verantwortung des Unternehmers. Auch Ihr Vater hat sich da schon den Mund fusselig geredet und trotzdem scheint es, als würden selbst engagierte Unternehmen und Unternehmerinnen wie Sie immer wieder ausgebremst. Selbst wenn man alles richtig machen will.**

Es ist zumindest herausfordernd. Bleiben wir beim Thema Energie: Trigema ist ein sehr energieintensives Unternehmen. Wir haben in den 1980ern stark auf Gas gesetzt, damals mit einer eigenen Gasturbine, die wir bis heute nutzen. Gerade erst haben wir noch in eine neue Turbine investiert – ein großer Schritt. Aber gleichzeitig wissen wir nicht: Wie geht es weiter? Gibt es in unserer Region überhaupt irgendwann eine Wasserstoffinfrastruktur? Oder war das jetzt die falsche Entscheidung? Genau solche Unsicherheiten machen langfristige Investitionen schwer. Also fahren wir im Moment mehrgleisig.



„Wir müssen investieren können, ohne ständig befürchten zu müssen, dass die Spielregeln wieder komplett geändert werden.“

— **Klingt nach Prinzip Hoffnung.**

Nicht nur Hoffnung – aber ja, es fühlt sich manchmal so an. Die Lage ändert sich permanent: heute Wärmepumpe, morgen E-Auto-Prämie, übermorgen wieder was anderes. Das alles wird dann auch noch kurzfristig gestoppt oder umgeworfen. Natürlich ist die Welt aktuell unübersichtlich, viele Krisen, viele Risiken. Aber als Unternehmerin brauche ich zumindest das Gefühl, dass die Politik weiß, wohin sie will. Das fehlt mir zu oft.

— **Überbordende Bürokratie, Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel, Energiewende: Es gibt also viel zu tun. Was müsste sich Ihrer Meinung nach konkret ändern?“**

Ich glaube, das betrifft nicht nur uns, sondern den gesamten Mittelstand. Wir brauchen klare, langfristige Leitplanken, gerade in Zeiten, in denen wir über Klimaziele, Transformation und Standortpolitik reden. Wir müssen investieren können, ohne ständig befürchten zu müssen, dass die Spielregeln wieder komplett geändert werden. Und ja: Beim Thema Demografie muss endlich ehrlich

„Da wünsche ich mir als jemand, der Verantwortung trägt, mehr Orientierung der Politik.“

gesprachen werden. Das Rentensystem, der Arbeitsmarkt – all das verändert sich gerade fundamental. Da reicht kein Herumdoktern mehr. Da braucht es den Mut zu echten Reformen. Es reicht nicht, einfach Beiträge zu erhöhen. Wenn Menschen mehr zahlen, erwarten sie auch mehr Leistung. Das gilt fürs Gesundheitssystem genauso wie für Rente oder Pflege. Es muss sich wieder lohnen, Leistung zu bringen. Und: Wir müssen ehrlich sein. Ja, manches wird unbequem, aber wenn wir nichts ändern, fällt uns das auf die Füße.

— Letzte Frage: Wie schaffen Sie es, optimistisch zu bleiben?

Optimismus ist Pflicht. Wenn wir bei Trigema nicht mit Zuversicht nach vorne schauen würden, gäbe es uns längst nicht mehr. Wir haben eine Betriebsfamilie, die zusam-

menhält. Wenn es in einer Abteilung klemmt, helfen andere mit. Das ist Unternehmertum für mich: Verantwortung, Zusammenhalt, Pragmatismus. Und ja, auch ein bisschen Hoffnung.

„Optimismus ist Pflicht“, sagt Bonita Grupp. Hier klingt das nicht wie ein PR-Satz, sondern wie etwas, das im Mörtel steckt, der die Werkswände zusammenhält. Auf die Frage, was man in Burladingen machen kann, fällt ihr dann doch noch etwas ein: die Burg Hohenzollern anschauen, den Stammsitz des Hauses Hohenzollern, der Kurfürsten von Brandenburg, der Herzöge und Könige von Preußen, der deutschen Kaiser. Allerdings, räumt sie ein, die liegt nicht direkt in Burladingen, sondern etwas außerhalb. Kaiser und Könige hätten in Burladingen auch keinen Platz mehr. ■

Anzeige

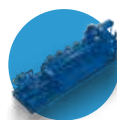


Mit uns wird grüner Wasserstoff Realität



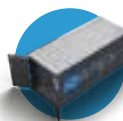
Ihr Wasserstofflieferant

Beziehen Sie grünen Wasserstoff aus unserer eigenen Produktion.



Ihr Anlagenbauer

Als Ihr EPC Partner bauen wir Ihre grüne Wasserstoffanlage.



Ihr Speicherhersteller

Mit innovativen Lösungen machen wir Wasserstoff transportabel.



H2 APEX
www.H2APEX.com

So stützen Privatpatienten unser Gesundheitssystem

Durch die Behandlung von Privatpatienten stehen dem Gesundheitssystem jährlich fast 14,5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Das fördert Investitionen und Innovationen und stärkt die Versorgung für alle.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Mit Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung gibt es im deutschen Gesundheitswesen zwei unterschiedliche Finanzierungssysteme. Gleichwohl tragen diese beiden Säulen ein gemeinsames Versorgungssystem für alle – sei es in der Arztpraxis oder im Krankenhaus. Die Dualität aus zwei Versicherungsarten sorgt dafür, dass die medizinische Versorgung für alle besser ist als in einem Einheitssystem.

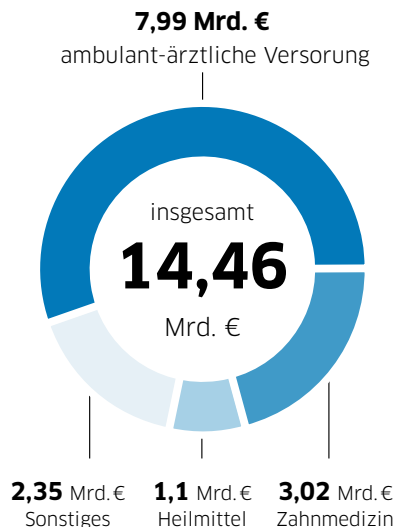
Das liegt auch daran, dass es für die Behandlung von Privatpatienten weniger Beschränkungen und Budgetgrenzen sowie häufig höhere Honorare gibt als für dieselben Leistungen bei Kassenpatienten. Diese zusätzlichen Finanzmittel würde es ohne Privatpatienten also nicht geben. So finanzieren Privatversicherte das Gesundheitssystem überproportional mit. Die zusätzlichen Einnahmen können Arztpraxen in mehr Personal und moderne Behandlungsmethoden investieren – was auch den gesetzlich Versicherten zugutekommt.

10 Prozent Versicherte sorgen für 21 Prozent Umsatz

Mit der Berechnung des sogenannten Mehrumsatzes hat das Wissenschaftliche Institut der PKV (WIP) eine Methodik entwickelt, mit der sich die Bedeutung der Privaten Krankenversicherung für das Gesundheitssystem quantifizieren lässt. Er lag im Jahr 2023 bei 14,46 Milliarden Euro. Das sind 1,8 Milliarden Euro mehr als im Jahr davor. Der größte Teil des Mehrumsat-

PKV stärkt das gesamte Gesundheitssystem

Mehreinnahmen durch Privatversicherte
(je Sektor) 2023



Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (WIP) 2025

zes (7,99 Milliarden Euro) kommt der ambulanten Versorgung zugute: Die Mehreinnahmen je Arztpraxis liegen durchschnittlich bei knapp 74.000 Euro pro Jahr. Die Bedeutung der Privatversicherten zeigt sich auch darin, dass sie mit einem Versichertenanteil von nur 10,4 Prozent insgesamt 21,4 Prozent zu den Gesamteinnahmen der Arztpraxen beitragen.

Folglich ist der Mehrumsatz für viele Ärztinnen und Ärzte eine entschei-

dende Größe, wenn es darum geht, ihre Praxis fortzuführen. Für 70 Prozent von ihnen spielt dieser zusätzliche Erlös eine wichtige Rolle für ihren Betrieb. Das zeigt eine Befragung, die das WIP zusammen mit dem Institut für empirische Gesundheitsökonomie Anfang 2025 durchgeführt hat.

Arztpraxen auf dem Land profitieren besonders

Der PKV-Mehrumsatz hat noch einen weiteren Vorzug: Die zusätzlichen Einnahmen kommen vor allem Arztpraxen auf dem Lande zugute. Das liegt unter anderem daran, dass Privatversicherte dort meist älter sind und deshalb häufiger behandelt werden. Zudem sind in größeren Städten die Mieten, Gehälter und anderen Kosten für die einzelnen Arztpraxen höher. Diesen Effekt weist der PKV-Verband mit konkreten Regionaldaten für viele Bundesländer nach.

Ein Beispiel aus Bayern: Der reale Mehrumsatz durch Privatversicherte im Großraum München beträgt im Schnitt 47.405 Euro je niedergelassenen Arzt. Im ländlichen Landkreis Wunsiedel sind es 81.755 Euro pro Jahr. Die Zahlen widerlegen die These, dass sich Ärzte weniger in ländlichen Regionen niederlassen, weil es dort keine oder nur wenige Privatversicherte gäbe. Privatversicherte stärken die medizinische Versorgung also nicht nur allgemein, sondern insbesondere dort, wo sie besonders benötigt wird.

Mehr unter www.pkv.de

Mehr Markt wagen

Drei Jahre Ampel-Regierung haben die deutsche Wirtschaft spürbar geschwächt: Das Wachstum stagniert, Unternehmen wandern ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit schwindet. Eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft könnte Deutschland zu neuer Stärke führen. Nicht durch staatliche Eingriffe, sondern durch klare Regeln, fairen Wettbewerb und unternehmerische Freiräume. Die Ordnung steht bereit: Eine neue, unionsgeführte Bundesregierung hat nun die historische Chance und Pflicht zu einem marktwirtschaftlichen Neustart.





Von Peter Hahne

Deutschland hat wirtschaftlich massiv an Boden verloren. Zwei Jahre in Folge ist die Wirtschaftsleistung geschrumpft, die Investitionstätigkeit eingebrochen, und die Attraktivität des Standorts lässt weiter nach. Kein anderes G7-Land hat sich in den vergangenen Jahren schlechter entwickelt. Während die USA, China und große Teile Europas auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung setzen, verliert Deutschland den Anschluss. Die Bundesrepublik ist heute das Schlusslicht unter den Industriestaaten.

Ein Zufall ist das nicht, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik ohne klares Leitbild. Dafür trägt freilich nicht allein die Ampel Verantwortung. Bereits in der Ära Merkel wurden viele wichtige Strukturreformen über ein Jahrzehnt hinweg verschleppt. Statt Investitionen zu fördern und Innovationen zu ermöglichen, wurden Bürokratie und Regulierungen ausgebaut, Energie wurde staatlich verteuert, auf Steuersenkungen wartete die Wirtschaft viele Jahre lang vergeblich. Immer mehr Unternehmen prüfen in jüngerer Zeit Verlagerungen ins Ausland. Wirtschaftliche Stärke ist das Ergebnis verlässlicher ordnungspolitischer Rahmenbedingungen – und genau die fehlen bislang.

Angesichts dieser Entwicklung braucht Deutschland keine neuen Experimente, sondern eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft – jenem jahrzehntelang bewährten Modell, das mit Ludwig Erhards Versprechen vom „Wohlstand für alle“ Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und sozialen Ausgleich verband. Doch wie lassen sich diese Prinzipien auf die heutigen Herausforderungen anwenden? Die Bewährungsprobe findet in den konkreten Politikfeldern statt.

Aktivieren statt Alimentieren

Besonders deutlich wird das am Arbeitsmarkt. Bis 2035 verliert Deutschland durch den demografischen Wandel rund sieben Millionen Erwerbspersonen. Der Fachkräftemangel ist längst Alltag in vielen Branchen. Die Antwort im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft liegt nicht in höheren Sozialleistungen, sondern in einer Politik, die Menschen ermutigt, ihre Chancen zu nutzen und Eigenverantwortung zu übernehmen – ein Prinzip, das zunehmend durch eine Kultur der Absicherung und neue Transferansprüche untergraben wird. Deshalb braucht es eine Reform des Bürgergelds, die gezielt neue Anreize setzt; etwa durch verbindlichere Zumutbarkeitsregeln, Hinzuverdienstmodelle und gezielte

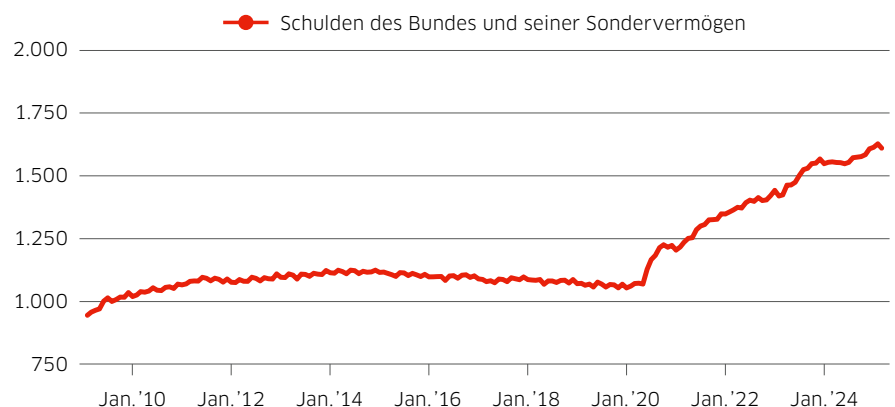
Qualifizierungsangebote. Auch flexiblere Arbeitszeitmodelle und eine bessere Mobilisierung von Frauen und älteren Erwerbspersonen sind überfällig. Denn Aktivieren statt Alimentieren ist der Kern einer Arbeitsmarktpolitik, die Eigenverantwortung stärkt und den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft ernst nimmt, wonach der Erwerbsarbeit als Quelle von Einkommen und Teilhabe der Vorrang gebührt und soziale Hilfen in erster Linie zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt befähigen sollen.

Doch eine Fachkräftesicherung gelingt nicht allein im Inland. Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen und braucht eine strategisch ausgerichtete Einwanderung von Fachkräften. Das entlastet nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern trägt auch zur Stabilität des Landes bei, indem sie sozialen Spannungen entgegenwirkt und rechtspopulistischen Parteien den Boden entzieht. Je klarer Migration an den Arbeitsmarkt gekoppelt ist, desto eher wird sie als Chance begriffen. Beschleunigte Visa-Verfahren, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und eine bessere berufliche Integration sind daher überfällig. Die europäische Freizügigkeit bleibt als Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft dabei natürlich erhalten.

→ Nach vielen Jahren der Konstanz sind die Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen mit Einsetzen der Corona-Pandemie erstmalig im Mai 2020 deutlich um knapp 58,5 Milliarden Euro angestiegen. Laut Statistischem Bundesamt nehmen die Schulden des Bundes seitdem weiter zu. Seit Ende 2022 ist der Schuldenanstieg auch auf die aktuelle Energiekrise als Folge des russischen Angriffskrieges zurückzuführen. Die Verschuldung erreichte zum Januar 2025 mit 1.627,5 Milliarden Euro ihren vorläufigen Höchststand.

Verschuldung des Bundeshaushaltes und seiner Sondervermögen

in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Schuldenbremse verliert ihre ordnungspolitische Funktion

Eine solide finanzielle Grundlage des Staates ist eine weitere Voraussetzung für das Funktionieren einer Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat soll so wenig wie möglich ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen, aber er muss dennoch ein starker Staat sein, der die Landesverteidigung, den Ordnungsrahmen und die Rechtsdurchsetzung garantiert. Gerade in der Finanzpolitik ist ordnungspolitische Verlässlichkeit deshalb unverzichtbar. Hier zeigt sich, wie aktuell die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind. Die Schuldenbremse steht für Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Doch sie wird von der Politik seit der Pandemie schleichend ausgehöhlt. Mehrausgaben für Verteidigung sind in der aktuellen Situation gerechtfertigt, auch wenn das neue Schulden bedeutet. Aber ein schuldenfinanziertes Sondervermögen in dreistelliger Milliardenhöhe für Infrastruktur & Co. birgt hohe Risiken. Eine Schuldenbremse, die bei Bedarf ausgesetzt wird, verliert ihre ordnungspolitische Funktion, weil sie ihre Verlässlichkeit und damit auch Signalwirkung für die Kapitalmärkte verliert. Dabei hielt die Schuldenbremse in ihrer ursprünglichen Version genügend Spielräume für Krisensituationen bereit.

Auch steuerpolitisch muss Deutschland wieder auf einen Pfad einschwenken, der die Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Bei einer Unternehmenssteuerbelastung von rund 30 Prozent braucht es deutliche Entlastungen, um Investitionen anzuregen: Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Senkung des Körperschaftsteuersatzes, Reform der Einkommensteuer für Personengesellschaften und bessere Regeln für einbehaltene Gewinne. Solche Schritte stärken die Kapitalbildung aus privater Hand und fördern die Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Finanziert werden kann dies durch eine klare Prioritätensetzung und Ausgabendisziplin statt permanenter Ausweitung des Staatshaushalts. Ein verlässlicher steuerlicher Rahmen ist Teil eines Ordnungsrahmens, der Vertrauen schafft

und Verantwortung verlangt, wie ihn die Soziale Marktwirtschaft fordert.

Industriepolitik für mehr Wettbewerb

Die Investitionsbereitschaft hängt auch maßgeblich vom industriepolitischen Ordnungsrahmen ab. Eine zeitgemäße Industriepolitik muss die Wettbewerbsfähigkeit stärken, und nicht Abhängigkeiten zementieren, Subventionen verteilen oder mit zweifelhaften Leitbildern nationale Champions hervorbringen. Um Wertschöpfung im Land zu halten, braucht Deutschland stabile und berechenbare Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Steuern, bezahlbare Energie, eine leistungsfähige Infrastruktur und eine effiziente Verwaltung. Gerade für den Mittelstand sind punktuelle Förderprogramme keine Lösung, sondern faire Regeln. Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft wie Walter Eucken und die Freiburger Schule betonten stets, dass wirtschaftliche Freiheit nur in einem klaren rechtlichen Ordnungsrahmen gedeiht. Ein starker Staat wird nicht dort gebraucht, wo er lenkt und dirigiert, sondern dort, wo er die Spielregeln für fairen Wettbewerb setzt und durchsetzt. Nur so können Unternehmen ihre Innovationskraft entfalten und die effizientesten Lösungen finden.

Mehr Markt für die Energie

Das gilt ebenso für die Energiewende. Politischer Dirigismus, staatliche Überregulierung und die einseitige Förderung bestimmter Technologien führen zu Ineffizienzen und überhöhten Kosten. Sie ersticken Wettbewerb und Innovation. Hier denkt man an Friedrich August von Hayeks Warnung vor der Illusion, marktwirtschaftliche Prinzipien mit planwirtschaftlichen Ideen verbinden zu können. Ein Weg, der nicht nur teurer ist, sondern am Ende die Freiheit untergräbt. Das marktwirtschaftliche Zauberwort der Energiewende heißt "Technologieoffenheit", damit der "Wettbewerb als Entdeckungsverfahren" (Hayek) arbeiten kann. Fehlentwicklungen werden durch energiepolitische Alleingänge Deutschlands

FREIHEIT

NEUGIERIG?

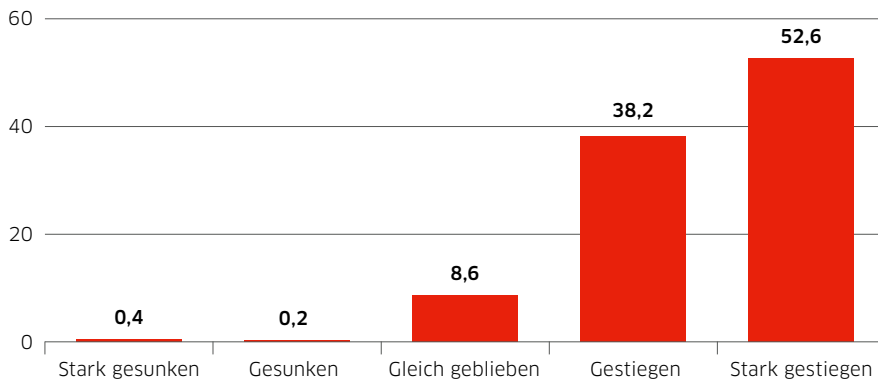
In der nächsten Ausgabe mehr erfahren.

Informationskampagne von

LÖWEN  **ENTERTAINMENT**
NOVOMATIC GROUP

Änderung der Bürokratiebelastung seit 2022

in Prozent

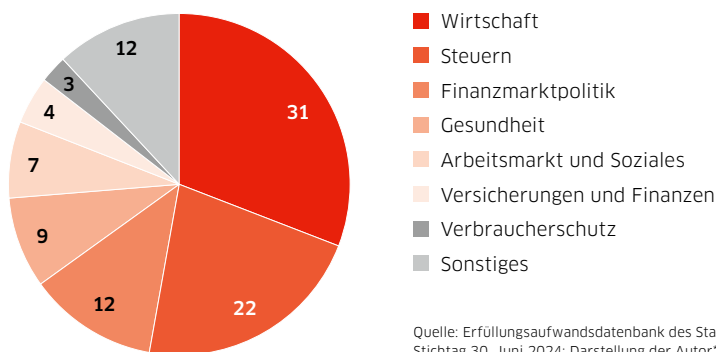


Quelle: Jahresmonitor 2024, Berechnungen des ifo Instituts - Anzahl der Beobachtungen: 1.734; ©ifo Institut

→ Eine Umfrage des Ifo-Institut zeigt, dass 90,8 Prozent der befragten Unternehmen eine Zunahme der bürokratischen Belastung seit 2022 feststellen. Besonders betroffen sind das produzierende Gewerbe (94,9 Prozent) sowie der Handel und das Gastgewerbe (91 Prozent). Auch in den Unternehmensdienstleistungen berichten 89,9 Prozent der Unternehmen von einer gestiegenen Belastung.

Jährliche Bürokratiekosten nach Themenbereich

in Prozent



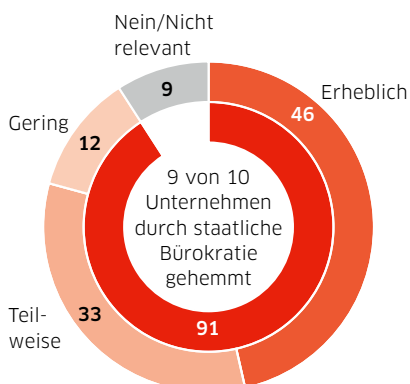
Quelle: Erfüllungsaufwandsdatenbank des Statistischen Bundesamts, Stichtag 30. Juni 2024; Darstellung der Autor*innen; ©ifo Institut

→ Über die Hälfte der jährlichen Bürokratiekosten lässt sich den Themenbereichen Wirtschaft (31 Prozent) und Steuern (22 Prozent) zuordnen, während ein geringerer Anteil aus Regulierungen in den Bereichen „Finanzmarktpolitik“ (12 Prozent), Gesundheit (9 Prozent) und Arbeitsmarkt und Soziales (7 Prozent) stammt.

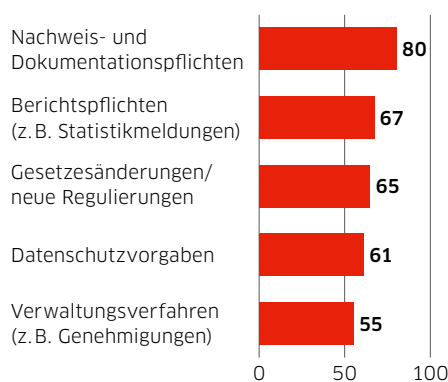
Ausmaß und Facetten der staatlichen Bürokratie

Angaben in Prozent

A. Werden Ihre aktuellen Geschäfte durch staatliche Bürokratie gehemmt?



B. Falls Sie durch staatliche Bürokratie belastet sind, an welche Aspekte denken Sie konkret? Auswahl mehrerer Antworten möglich



Quelle: BIHK 2024; ©ifo Institut

→ Die Wirtschaft wird von Bürokratie erdrückt. Das zeigen die Antworten von mehr als 3.500 bayerischen Unternehmen aller Größenklassen und Branchen bei der BIHK-Konjunkturumfrage aus dem Frühjahr 2024. Mehr als 90 Prozent der Unternehmen sehen sich von staatlicher Bürokratie in ihren Geschäften gehemmt, knapp die Hälfte sogar in erheblichem Umfang.

weiter verschärft. Sie schwächen den europäischen Binnenmarkt – den wichtigsten Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Deshalb sollte die Bundesregierung stärker seine Vollendung vorantreiben, insbesondere in den Bereichen Energie, Kapitalmarkt und Digitalisierung. Eine Notwendigkeit, die bereits der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armack erkannte und sie stets im europäischen Kontext dachte.

Welthandelsordnung verteidigen

Doch die notwendige Stärkung Europas nach innen muss einhergehen mit einer robusten Verteidigung offener Märkte nach außen, denn gerade heute gerät der regelbasierte Welthandel massiv unter Druck. Der Angriff der USA auf den Freihandel stellt die internationale Wirtschaftsordnung fundamental infrage. Statt auf multilaterale Regeln und Partnerschaft setzt Washington auf Abschottung, Zölle

und bilaterale Erpressung seiner Handelspartner. Für ein exportorientiertes Land wie Deutschland ist das mehr als ein Alarmsignal: Handelsbarrieren, geopolitische Konflikte und die Erosion des Multilateralismus gefährden direkt Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wohlstand. Umso wichtiger ist eine geschlossene und strategische europäische Antwort: Eine aktive Handelspolitik, die selbstbewusst für offene Märkte eintritt, die Regeln der WTO verteidigt, neue Abkommen voranbringt und stabile wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe pflegt – im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft und als Gegengewicht zu unilateralen Alleingängen.

Mut zur Ordnung

Die Soziale Marktwirtschaft war nie ein starres Dogma, sondern stets eine anpassungsfähige Ordnung, deren Stärke gerade in ihrer Flexibilität und ihrem klaren Wertefundament liegt.

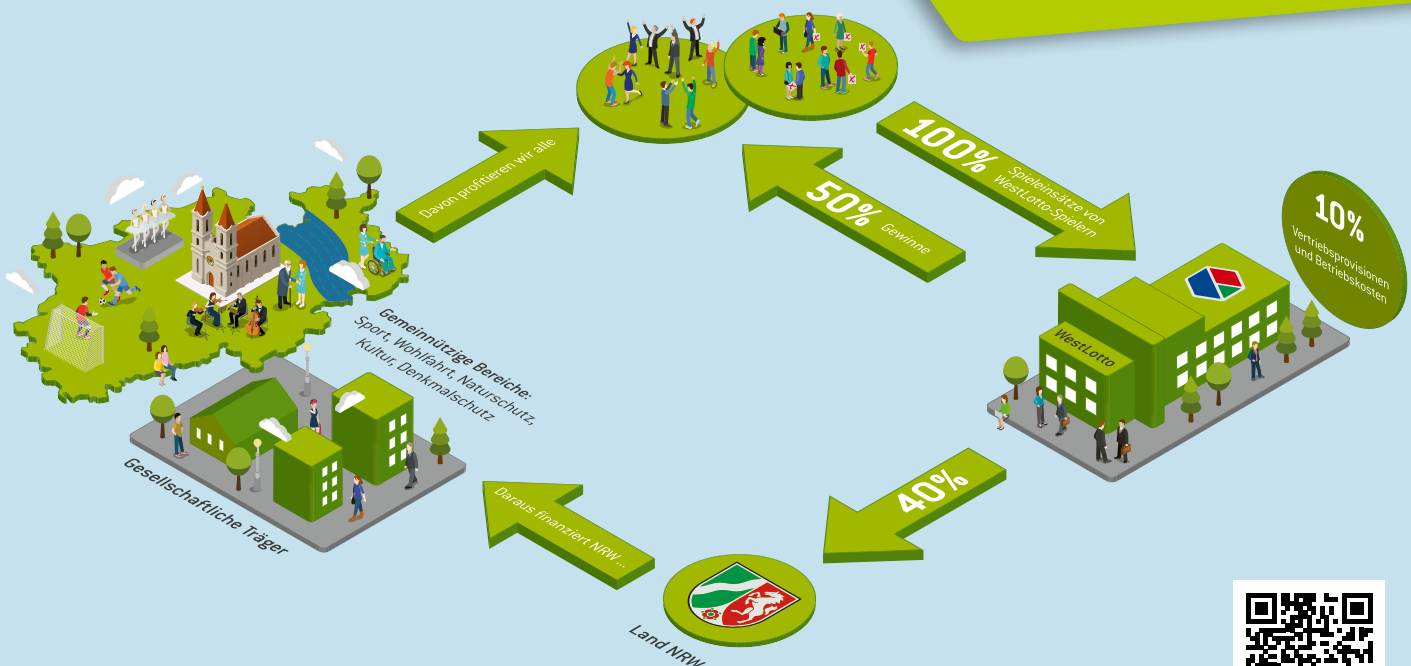
Heute, im Zeitalter von geopolitischen Umbrüchen und disruptiven Schockereignissen, ist diese Adaptivität gefragter denn je. Ihre Prinzipien – Freiheit, Verantwortung, Wettbewerb und ein verlässlicher Rahmen – bieten den Kompass. Dieser Kompass weist

„Das Erbe Erhards verpflichtet zur stetigen marktwirtschaftlichen Erneuerung.“

indes nur dann den richtigen Weg, wenn Mut zum Handeln dazukommt. Es braucht jetzt die Entschlossenheit, die Fesseln der Bürokratie zu lösen und auf die Entdeckungskraft des Wettbewerbs und der Märkte zu vertrauen. Das Erbe Erhards verpflichtet zur stetigen marktwirtschaftlichen Erneuerung – ein Auftrag, den die neue Regierung beherzt annehmen und gestalten muss. ■

Anzeige

Das Lotto-Prinzip

WESTLOTTO


Das Lotto-Prinzip – Eine Idee, die heute allein in NRW mehr als 32 Milliarden Euro wert ist. Seit Unternehmensgründung 1955 hat WestLotto diese Summe für gemeinnützige Zwecke an den Landeshaushalt weitergeleitet. Und jedes Jahr kommen rund 700 Millionen Euro für Sport, Wohlfahrt, Kunst und Kultur sowie Natur- und Denkmalschutz hinzu.


www.lotto-prinzip.de

Ohne Geburtsstunde keine Renaissance

Von Lukas Breitenbach

Die Soziale Marktwirtschaft gilt als das wirtschaftspolitische Fundament der Bundesrepublik Deutschland – ein Modell, das nicht nur die Nachkriegsordnung prägte, sondern auch den Grundstein für den beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg des Landes legte. Ihre Geburtsstunde liegt in einer Zeit größter Not: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag Deutschland in Trümmern. Die Wirtschaft war zerstört, die Versorgungslage katastrophal, die Infrastruktur zerschlagen. In den westlichen Besatzungszonen herrschten Hunger, Wohnungsnot und ein lähmender Mangel an Perspektiven. Die Frage, wie Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen könne, wurde zur zentralen Herausforderung.

Inmitten dieser Trümmerlandschaft begann sich ein neues Wirtschaftsdenken zu formieren – getragen von Männern wie Ludwig Erhard, Walter Eucken, Franz Böhm und Wilhelm Röpke. Diese Ökonomen und Vordenker, viele von ihnen beeinflusst durch die sogenannte Freiburger Schule des Ordoliberalismus, entwarfen das Konzept einer Wirtschaftsordnung, die sowohl den Prinzipien der Marktwirtschaft folgte als auch soziale Verantwortung übernahm. Besonders Ludwig Erhard, der spätere erste Bundeswirtschaftsminister, wurde zur prägenden Figur dieser Bewegung. Seine Vision war es, wirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich nicht als Gegensätze, sondern als sich ergänzende und ermöglichende Prinzipien zu denken. Freiheit schafft Wachstum und Wohlstand. Und dieser Wohlstand schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, dass der Staat für die Schwächsten eintritt.

Die Soziale Marktwirtschaft war kein Kompromiss zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern ein bewusster dritter Weg. Der Markt sollte

als effizienter Mechanismus für Angebot und Nachfrage wirken, doch der Staat hatte die Aufgabe, für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, Monopole zu verhindern und soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

„Bis heute prägt
die Soziale Marktwirtschaft
das wirtschaftspolitische
Selbstverständnis
Deutschlands.“

Die Idee: Jeder soll die Chance haben, durch Leistung Wohlstand zu erreichen, doch niemand darf durch strukturelle Ungleichheiten dauerhaft benachteiligt werden. Eigentum wurde als Verpflichtung gegenüber



Grafik: AdobeStock©jozefmirc

der Gesellschaft verstanden, und wirtschaftlicher Erfolg sollte stets auch mit sozialer Verantwortung einhergehen. Ein entscheidender Moment in der Umsetzung dieser Vision war die Währungsreform vom 20. Juni 1948,

bei der die Deutsche Mark eingeführt wurde. Ludwig Erhard nutzte diesen historischen Wendepunkt, um parallel zahlreiche Preisbindungen und staatliche Eingriffe aufzuheben – gegen den ausdrücklichen Willen der Alliierten. Sein mutiger Schritt zahlte sich aus: Innerhalb kürzester Zeit füllten sich die Schaufenster, der Schwarzmarkt verschwand, und das Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche Zukunft kehrte zurück. Dieser Moment gilt als die eigentliche Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft.

In den folgenden Jahren entfaltete dieses Modell eine enorme Wirkung. Die 1950er und 60er Jahre brachten einen Wirtschaftsaufschwung, der in die Geschichte als „Wirtschaftswunder“ einging. Das Bruttoinlandsprodukt stieg, die Arbeitslosigkeit sank, und Millionen Menschen fanden Arbeit und Wohlstand. Die Bundesrepublik wurde zu einer der führenden Exportnationen der Welt. Dieser Aufstieg beruhte nicht nur auf Fleiß und Unternehmertegeist, sondern auch auf dem stabilen ordnungspolitischen Rahmen, den die Soziale Marktwirtschaft bot: ein System, das den sozialen Frieden ebenso förderte wie unternehmerische Initiative.

Bis heute prägt die Soziale Marktwirtschaft das wirtschaftspolitische Selbstverständnis Deutschlands. Sie hat sich in vielen Krisen als widerstandsfähig erwiesen und wurde oft auch von anderen Staaten als Vorbild betrachtet. Doch sie steht vor Herausforderungen: Digitalisierung, Globalisierung, der demografische Wandel und nicht zuletzt der Klimawandel verlangen eine Weiterentwicklung ihres Grundgedankens. Die zentrale Idee jedoch – dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung sich nicht ausschließen, sondern ergänzen – hat nichts von ihrer Aktualität verloren. ■

Grafik: AdobeStock©jozefmirc





Diversifizierung, Innovation und globaler Zertifikatehandel

Von Lukas Breitenbach

— Herr Pflüger, billiges Gas aus Russland war lange Zeit eine Garantie für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Steht inzwischen fest, dass „Billiges Gas? Ja, bitte“ die falsche Antwort auf „Atomkraft? Nein, danke“ war?

Mit unserem heutigen Wissen: ja. Ich war allerdings stets ein Anhänger des Grundgesetzes der Energiesicherheit, das Winston Churchill 1914 formuliert hat: variety, variety alone. Als Vorsitzender des Fachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik der CDU habe ich schon 2005 gesagt: die Energiepartnerschaft mit Russland ist wichtig, aber wir dürfen nicht von ihr abhängig werden.

Wir forderten damals ein LNG-Terminal in Wilhelmshaven. E.ON wollte das auch – aber es rechnete sich am Schluss nicht: Das auf dem Markt vorhandene Flüssiggas ging nach Asien, wo die Produzenten – z.B. Katar – viel bessere Preise erzielten. Auch nach der „Schieferrevolution“ in den USA durch „Fracking“ ging das LNG vor allem nach Asien. Niemand bei uns war bereit, das erheblich teurere Gas aus den USA zu kaufen. Es war gegenüber Pipeline-Gas aus Russland nicht annähernd konkurrenzfähig. Und das Bedrohungsgefühl, das wir heute haben, hatten wir damals nicht. Heute ist es leicht zu sagen: Das war ein Fehler. Es ist aber wichtig, dass wir jetzt alle die Grundüberzeugung teilen: nie wieder Abhängigkeit von einem Land, einer Versorgungsrouten, einer Energiequelle, einer Technologie. Diversifizierung und Resilienz sind zentral für eine verantwortliche Energiepolitik.

— In Ihrem neuen Buch schreiben Sie, dass die Entwicklung des Umweltbewusstseins der CDU mit Herbert Gruhl begann, der Umweltsprecher wurde, dann austrat und dann Mitbegründer der Grünen wurde. Hätte man die Grünen verhindern können, wenn die CDU Gruhl gefolgt wäre?

Gruhl war „mein Abgeordneter“ in Hannover. Ich war begeistert von seiner These, dass wir mit den Ressourcen unserer Erde verantwortlicher umgehen müssen. – Ja, vielleicht hätte man ihn „aushalten“ müssen, aber das war wirklich nicht leicht. Gruhl war ein kluger Mann – aber auch etwas starrköpfig, mit seiner Überzeugungsstärke schwer zu integrieren. Die Union hat das Thema Umwelt und später Klima aber auch ohne ihn thematisiert: vor allem durch Klaus Töpfer, dem ich bis zuletzt eng verbunden war. Aber auch durch Helmut Kohl, der den Weg zum Rio-Klimagipfel 1992 ebnete und dem die „Bewahrung der Schöpfung“ immer ein zentrales Anliegen war. Ich habe mit meinem Buch („Ein Planet wird gerettet. Eine Chance für Mensch, Natur, Technik“, Econ 1992) etwas beizutragen versucht. Aber es war gut, dass die Union die einseitige Überhöhung des Themas, die Ideologisierung und planwirtschaftliche

**Friedbert Pflüger
über das Klima,
die Energiewende
und die Frage, ob die
CDU die Grünen hätte
verhindern können.**

Foto: AdobeStock/lovelyday12

Wendung der Energie- und Klimapolitik zumeist nicht mitmachte. Wir haben Umwelt- und Klimaschutz mit anderen politischen Zielen wie Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit zusammengedacht. Klima ist wichtig, aber es gibt andere zentrale Aufgaben: Sicherung von Frieden und Freiheit, Verhinderung der Deindustrialisierung, soziale Gerechtigkeit ...

Es geht um Freiheit statt Reglementierung, Pragmatismus statt Ideologie, Augenmaß statt Übereifer, Entfesselung von Innovation statt technischer Verbote, Brückentechnologien statt „alles sofort“ und um diffamierungsfreien Dialog statt moralisierender Besserwisserei. In meinem neuen Buch erhebe ich zehn konkrete Forderungen und gehe auf Technologien jenseits von den Erneuerbaren Energien ein. Sie bleiben im Zentrum der Energiewende,

„Es geht um Freiheit statt Reglementierung,
Pragmatismus statt Ideologie,
Augenmaß statt Übereifer, Entfesselung
von Innovation statt technischer Verbote,
Brückentechnologien statt ‚alles sofort‘.“



Foto: Phil Dera

aber die Konzentration der Ampel auf „all electric“, die später immerhin relativiert wurde, war ein Irrweg. Es geht um das Grünen der Moleküle (z. B. mit einer Grüngasquote), um CCS und die Nutzung von CO₂ als Rohstoff, um alle Farben von klimafreundlichem Wasserstoff, um klimafreundliche Kraftstoffe (e-fuels, Bio-LNG, Biodiesel u.a.), synthetisches Methan, Biomethan, auch um eine neue Generation von Kernkraft, die sogenannten Small Modular Reactors (SMR), die Transmutation als Alternative zum großen Endlager für Atommüll bis hin zur Kernfusion. Gelingen kann die Bekämpfung des Klimawandels nur mit einer Öffnung auf die Bandbreite unserer technologischen Möglichkeiten. Unsere Forscher, Ingenieure, Unternehmer aus der Praxis sollen den Ton angeben, nicht die (zumeist durchaus wohlmeinenden) Theoretiker mit ihren oft wirklichkeitsfremden Modellen.

— Was muss die neue Regierung dafür als erstes angehen?

Die Regierung Merz/Klingbeil hat von Beginn an gezeigt, dass sie die Energiewende pragmatisch angeht. Sie hat den zügigen Bau von 20 GW neuen (wasserstofffähigen) Gaskraftwerken angekündigt, sie begünstigt Langfristverträge, will schnell die Stromkosten senken, was für Verbraucher und vor allem die energieintensiven Industrien entscheidend ist. Der Rechtsrahmen für CCUS muss schnell kommen. Wichtig finde ich, dass die Regierung darauf hinweist, dass der Klimawandel nur global bekämpft werden kann. Die Möglichkeiten, die der Art. 6 des Pariser Klimaabkommens eröffnet, also der weltweite Handel mit Emissionszertifikaten, muss schnell kommen – nicht als fake, sondern unabhängig und zertifiziert (TÜV?). So können wir Teile unserer Mittel zielgenau dort für den Klimaschutz einsetzen, wo sie die größte Hebelwirkung entfalten. Anders werden wir unsere ehrgeizigen Klimaziele nicht erreichen.

Über Friedberg Pflüger:

Staatssekretär a.D. Dr. Friedbert Pflüger ist Geschäftsführender Partner der Denkfabrik Stiftung Clean Energy Forum (CEF) und von Pflüger International GmbH. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft“ (GWW), einem Verbund aus 135 Unternehmen. Er war acht Jahre Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker und 16 Jahre Bundestagsabgeordneter (CDU). Sein neues Buch „Energiewende besser machen. Technik und Wirtschaft statt Ideologie“ erschien Ende 2024 (Herder).

— Können Sie hier konkreter werden?

Die Unternehmensberatung Roland Berger hat 2024 einen Global Carbon Restructuring Plan erarbeitet, in dem die weltweit emissionsintensivsten Industrieanlagen analysiert wurden. Etwa 400 Unternehmen stoßen zusammen 8 Gigatonnen CO₂ aus. Anstatt mit enormen Kosten bei uns 100 % Klimaneutralität herzustellen (die letzten Prozent sind die teuersten), könnten unsere Unternehmen anderen auf der Welt bei der Transformation helfen und dafür Emissionszertifikate erwerben. Über Ländergrenzen hinweg schaffen wir so einen Quantensprung in Richtung auf maximale Dynamik der globalen Dekarbonisierung.

Wir sind mit unserer eurozentrischen Klimapolitik nicht weit gekommen. Wir sehen nach wie vor, dass der Primärenergienmix nach wie vor zu ca. 80 % fossil ist, nicht nur global, auch in Europa. In Wahrheit sehen wir bisher keine wirkliche Transition, sondern eher eine Energie-Addition: Ja, der Ausbau der Erneuerbaren geht enorm voran, aber leider auch der Zuwachs des fossilen Energieverbrauchs.

„Das hat sich bisher fast ausschließlich in der Fixierung immer ehrgeizigerer Ziele, ich nenne das ‚Zieleritis‘, manifestiert, leider kaum in konkreten Erfolgen.“

Der steigende Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung führt dazu, dass die Erneuerbaren kaum fossile Energieträger ersetzen, sondern dass sie hinzugefügt werden. Ändern werden wir das nur, wenn wir beginnen, in der Klimapolitik global zu handeln. Das hat sich bisher fast ausschließlich in der Fixierung immer ehrgeizigerer Ziele, ich nenne das „Zieleritis“, manifestiert, leider kaum in konkreten Erfolgen. Ich bin zuversichtlich, dass sich das jetzt ändert. ■

Anzeige

Unsere Mission: null Emission

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Der Klimawandel schadet bereits jetzt unserer Gesundheit. Wir übernehmen Verantwortung auf dem Weg zu einem nachhaltigen Gesundheitswesen.

barmer.de/nachhaltigkeit

BARMER

SIEGER



Deutscher
Nachhaltigkeitspreis
Unternehmen 2025



Koalitionsvertrag setzt richtige Impulse – Beton bleibt stra

Von Rüdiger Kuhn

Der neue Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD gibt klare Signale für eine nachhaltige Investitionsoffensive. Besonders das geplante Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur, Klima und Transformation schafft Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Investitionsoffensive für das Land

Allein 500 Milliarden Euro sollen zwischen 2025 und 2029 in den Ausbau und die Sanierung von Verkehrswegen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Sportstätten fließen. Geplant sind außerdem Schnellbauinitiativen und die Modernisierung von Hochschulen und Kliniken. Für die Baustoffindustrie ist das ein klares Signal: Es wird gebaut

– und zwar schnell, zielgerichtet und flächendeckend.

Beton bleibt unverzichtbar

Beton spielt dabei eine zentrale Rolle: lokal verfügbar, robust, vielseitig und wirtschaftlich. Ohne ihn lassen sich weder Straßen und Brücken noch Hochwasserschutz, Kasernen oder öffentliche Einrichtungen realisieren. Gerade im sicherheitspolitischen Kontext – Stichwort militärische Infrastruktur – ist Beton als schnell verfügbarer und belastbarer Baustoff strategisch von wachsender Bedeutung.

Dekarbonisierung braucht Verlässlichkeit

Gleichzeitig steht unsere Branche vor der Herausforderung, bis Ende der 30er Jahre klimaneutral zu produzieren. Der Koalitionsvertrag un-

terstützt diesen Wandel mit einem klaren Fokus auf CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung bzw. Nutzung (CCUS). Die angekündigte Gesetzgebung – inklusive Länderöffnungsklausel – kann uns als Industrie endlich Planbarkeit für Investitionen in Abscheideanlagen und Transportnetze geben. Wichtig ist, dass das Gesetz nun möglichst schnell umgesetzt wird. Das ist ein wichtiges Signal an die Industrie und vor allem an die Unternehmen, die bereits ganz konkrete CCUS-Vorhaben in der Planung haben. Cemex will am Standort Rüdersdorf die Zementproduktion mit CCS bereits 2030 vollständig dekarbonisiert haben. Eine positive finale Investitionsentscheidung können wir nur treffen, wenn die regulatorische Grundlage da ist und wir die Wirtschaftlichkeit abbilden können.

tegisch wichtig

Energiepreise senken, Investitionen ermöglichen

Nicht zuletzt dafür besonders positiv sind die geplanten Stromkostensenkungen, etwa durch ein Industriestrompreismodell und die Reduktion von Steuern und Umlagen. Damit werden klimafreundliche Technologien wirtschaftlich darstellbar. Auch die Fortführung von Klimaschutzverträgen gibt Investitionssicherheit.

Wir sind bereit

Als Baustoffhersteller tragen wir Verantwortung – für die Infrastruktur, für das Klima und für die Sicherheit unseres Landes. Wir schaffen Kapazitäten, investieren in moderne Anlagen und stellen die Versorgung mit Beton sicher – vom Schulneubau bis zur Bundeswehrkaserne. Die Richtung stimmt. Jetzt braucht es Tempo bei der Umsetzung. ■

„Die angekündigte Gesetzgebung – inklusive Länderöffnungsklausel – kann uns als Industrie endlich Planbarkeit für Investitionen in Abscheideanlagen und Transportnetze geben.“



Foto: Cemex

Über den Autor:

Rüdiger Kuhn, Jahrgang 1961, ist seit 2015 Vorstandsvorsitzender der CEMEX Deutschland AG und seit über 25 Jahren in der Baustoffbranche tätig. Als Vice President Materials führt er zudem länderübergreifend den Geschäftsbereich Beton- und Mineralische Rohstoffe in Zentraleuropa. Seine Expertise schlägt die Brücke von der Dekarbonisierung der Herstellungsprozesse im Bereich Baustoffe hin zum Thema Nachhaltiges Bauen.

Seinen Abschluss in BWL und Slavistik erwarb er an der Freien Universität Berlin. Er ist verheiratet, hat zwei Söhne und lebt jetzt nach Stationen in u.a. Sankt Petersburg und Warschau in Berlin. In den Jahren 2022 – 2024 war er Vertreter der Wirtschaft im Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg.

Zivile Zeitenwende

**Gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit
mit einer starken Wirtschaft**



Von Martin Lammert und Björn Stahlhut

In einer zunehmend komplexen und dynamischen globalen Sicherheitslandschaft gewinnt die Gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit weiter an Bedeutung. Diese Fähigkeit umfasst nicht nur die militärischen Aspekte der Verteidigung, sondern auch die zivilen Ressourcen und Strukturen, die zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit beitragen. Die Herausforderungen, vor denen Staaten heute stehen, sind vielfältig und reichen von militärischen Bedrohungen über Cyberangriffe bis hin zu Naturkatastrophen und pandemischen Krisen. In diesem Kontext ist es unerlässlich, ein umfassendes Verständnis der Gesamtstaatlichen Verteidigungsfähigkeit zu entwickeln, um adäquate Strategien und Maßnahmen zu formulieren, die die Gesamtverteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Zivil- und Bevölkerungsschutz in den nächsten zehn Jahren verständigt. Es stellt sozusagen die notwendige Anschubfinanzierung des Bundes für eine zivile Zeitenwende dar, mithilfe derer die Akteure der zivilen Verteidigung die Nationale Zielvorgabe der Bundeswehr erfüllen wollen.

Gesamtverteidigung

Es ist also offenkundig, dass sich die militärische Verteidigung auf die zivile Verteidigung abstützen muss. Dass sie das auch will, bringen die VPR 2023 ebenfalls zum Ausdruck. Die Forderung der IMK kommt also nicht von ungefähr und ist keineswegs aus der Luft gegriffen.

Ganz neu ist diese Herangehensweise schon gar nicht. Bereits die Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung vom 15. Februar 1989, die sogenannten Gesamtverteidigungsrichtlinien, formulierten im Vorwort

fliktmanagement, die Entwicklungszusammenarbeit und die Ertüchtigungsinitiative müssen damit viel stärker komplementär angelegt und im Sinne der integrierten Sicherheit gedacht und angewandt werden.

Herausforderung Gesamt-szenario Zivile Verteidigung

Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, auf welches Szenario die genannten Punkte angewendet werden müssen. Ein Hinweis ist dem Bericht zur Risikoanalyse für den Zivilschutz 2023 zu entnehmen, der Mitte Februar mit Drucksache 20/10476 dem Deutschen Bundestag zugeleitet wurde. Dort ist ein Gesamtszenario benannt, das einen möglichen und plausiblen Konfliktverlauf in Anlehnung an die Erkenntnisse aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine darstellt. Dieser Konfliktverlauf, als einer von vielen denkbaren Möglichkeiten, verläuft in

„Es ist offenkundig, dass sich die militärische Verteidigung auf die zivile Verteidigung abstützen muss.“

Bereits das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr war erforderlich, „um insbesondere Fähigkeitslücken der Bundeswehr zu schließen sowie Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.“ So ist es in der Drucksache 20/1409 des Deutschen Bundestages vom 13. April 2022 nachzulesen. Die verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem November 2023 (VPR 2023) definieren eine nationale Zielvorgabe für die zivile Verteidigung. Die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Akteuren der zivilen Verteidigung ist nach diesen Vorgaben weiter auszubauen und die zivil-militärische Zusammenarbeit im Bereich des Heimatschutzes und der Nationalen Territorialen Verteidigung von zentraler Bedeutung. Vor dieser gedanklichen Kulisse hat sich die Innenministerkonferenz (IMK) der Länder auf eine Forderung von zehn Milliarden Euro für die Stärkung der Fähigkeiten im

der beiden zuständigen Fachminister Stoltenberg (Verteidigung) und Zimmermann (Inneres), dass es dem Staat als Daueraufgabe obliege, Vorsorge für den Schutz der Zivilbevölkerung und des Staatsgebietes zu treffen, solange Angriffsfähigkeit und Gefährdungsmöglichkeiten durch andere nach wie vor gegeben seien. Staatliche Vorkehrungen müssten sich demnach in gleichem Maße wie auf den Krisen- und Verteidigungsfall auch auf die Abwehr von Naturkatastrophen und Gefahren beziehen, die im Frieden von Menschenhand verursacht werden. Organisation, Planung und Maßnahmen der zivilen Verteidigung seien daher in das einheitliche staatliche Vorsorge- und Abwehrsystem einzubeziehen. Militärische und zivile Verteidigung sind daher einheitlich als Gesamtverteidigung und damit als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten. Das Krisen- und Kon-

vier Phasen, die jeweils Eskalationsstufen darstellen. Phase I ist dabei geprägt von hybriden Bedrohungen und Aktionen, die zum Ziel haben, die Bevölkerung zu verunsichern, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die Bevölkerung zu spalten und das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben. Phase I verläuft überwiegend im Verborgenen, sodass einzelne Aktionen nicht eindeutig bestimmten Akteuren zugeordnet werden können. Sie verläuft mit schwankender Intensität über mehrere Jahre. In der Phase II kommt es zu einem militärischen Aufmarsch an der NATO-Ost-Flanke. In den Grenzgebieten kommt es zu Fluchtbewegungen und vermehrt zu Spionage, Sabotageakten, Anschlägen und Cyberangriffen. Truppenbewegungen sollen so be- oder verhindert werden und der Aufmarsch von Streitkräften verzögert. Dies kann sich über

mehrere Monate erstrecken. In Phase III kommt es zu punktuellen Angriffen mit konventionellen Waffen und nicht-konventionellen Mitteln. Dies auch auf Ziele im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Des Weiteren kommt es zu regelmäßigen Störungen und vereinzelt Ausfällen ziviler und militärisch genutzter Satelliten. Für Phase III ist ein Zeitraum von mindestens einem Jahr anzunehmen. Schließlich ist mit Phase IV die höchste Eskalationsstufe, die Landesverteidigung, erreicht. Gegnerische Truppen haben dabei die Verteidigungslinien der NATO durchbrochen und stoßen bis auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland vor. Im Weltraum beginnt erstmalig ein Konflikt globalen Ausmaßes. Phase IV endet frühestens nach mehreren Monaten mit einem ausgehandelten Waffenstillstand. Mit jedem fließenden Übergang von Phase zu Phase sind hierbei neue sowie sich deutlich verändernde Herausforderungen für die militärische und die zivile Verteidigung verbunden. Dazu muss Sicherheitsvorsorge betrieben werden.

Auf die Wirtschaft kommt es an – Drehscheibe Deutschland

Dies gilt auch und in besonderem Maße für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Gerade die Wirtschaft, insbesondere die Leistungsträger in den kleinen und mittelständischen Unternehmen und Betrieben werden die Auswirkungen von Krisen, Katastrophen und Kriegen sehr früh spüren. Die Aufrechterhaltung wirtschaftlichen Handelns, die Versorgung mit Produkten und Ersatzteilen ist aber eine der zen-

tralen Voraussetzungen für eine lange Durchhaltefähigkeit der Bevölkerung und der Streitkräfte, etwa in einem Abnutzungskrieg. Dies zeigen erste Auswertungen des Ukraine-Krieges mehr als deutlich.

Um dies zu gewährleisten, müssen im Sinne eines „Sicherstellungsgesetzes zur Aufrechterhaltung der (zentralen) wirtschaftlichen Tätigkeit im Verteidigungsfalle“ auch Sicherstellungszuschläge gezahlt werden und Verfahren situativ sowie lagebezogen angepasst und gestrafft werden können. Als wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen „Kriegstüchtigkeit“ tragen Vorstände und Geschäftsführer

„Kein Erkenntnisproblem, sondern Umsetzungsproblem.“

dafür Sorge, dass ihre Produkte, Waren und Dienstleistungen nicht von Dritten manipuliert werden und auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Letzteres ist nicht ohne funktionierende logistische Vorhaltungen und Bewirtschaftungen denkbar. Hier gilt es schleunigst, bereits im Alltag einen Katalog mit Waren und Dienstleistungen zu definieren, die zwingend ständig verfügbar sein müssen. Diese Katalogprodukte sind vorzuhalten, immer wieder zu überprüfen und unabhängig von Rohstoffverfügbarkeiten am Weltmarkt zu halten. Hierfür ist eine klare gesetzliche Regelung zu schaffen.

Die Sicherstellung der Warenwirtschaft, sowie der Verfügbarkeit von Produkten und Rohstoffen setzt robuste und geschützte Lieferketten

voraus. Hier ist ein hohes Schutzmaß der Preis der Freiheit und gleichzeitig Voraussetzung für ein Funktionieren der Drehscheibe Deutschland. Dies ist nicht zum Nulltarif zu bekommen und die Wirtschaft muss hier unterstützt werden.

Weil es Strukturen braucht

Dies kann am besten gelingen, wenn ein reformierter Bundessicherheitsrat (BSR) die Erarbeitung und Definition langfristiger, strategischer Interessen sowie Ziel- und Prioritätensetzungen, auch unter Einbeziehung des Auswärtigen Amtes und der sicherheitspolitischen Zukunftsanalyse des Planungsamtes der Bundeswehr, zu globalen Megatrends und strategischer Vorausschau leistet und die Koordinierung und Steuerung der Ressortaktivitäten der BSR-Ressorts und regierungsgemeinsam, wenn notwendig, durch gemeinsam festgelegte Maßnahmen sichergestellt werden. Hinzu muss ein ständiges, aktuelles gesamtstaatliches Lagebild als eine Voraussetzung für Krisenfrüherkennung erarbeitet werden und eine regelmäßige Überprüfung (Revision) und ggf. flexible Anpassung der Zielsetzungen, Maßnahmen und Mittel sowie eine rasche Krisenreaktion ermöglicht werden. Schließlich wäre auch die Erarbeitung zukünftiger Nationaler Sicherheitsstrategien eine wesentliche, weil auch natürliche, Aufgabe für diesen im BSR angesiedelten Arbeitsbereich, der schließlich auch die Impulsgebung für grundsätzliche sicherheitspolitische Debatten, die in der Bundesregierung ihren Ursprung finden, vordenkt und erarbeitet. Neben den beschriebenen Maßnahmen und Aufgaben ist ein in



Foto: Jens Schicke

Über die Autoren:

Martin Lammert ist Oberstleutnant i.G. und Stellvertretender Referatsleiter im Referat Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr.



Foto: Regina Sablotny

Björn Stahlhut ist Oberstleutnant d.R. und Leiter der Koordinierungsstelle Kommunales Krisenmanagement der Landeshauptstadt Potsdam.

der täglichen Regierungspraxis durchgeführter gesamtstaatlicher Ansatz vonnöten, der die strukturellen und mentalen Anpassungen an die sich immer dynamischer verändernden, globalisierten Rahmenbedingungen nachvollzieht und bedient. Es ist eine ressortgemeinsame, interministerielle Planungs- und Strategiefähigkeit auszubilden, die es ermöglicht, Krisen noch frühzeitiger zu antizipieren und zu erkennen und die Möglichkeit bietet, auf plötzlich eintretende Ereignisse – wie etwa die Ereignisse des 7. Oktober 2023 in Israel – umgehend und zielgerichtet zu reagieren.

Fazit

Landauf, landab hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Beschäftigung mit der Leistungsfähigkeit insbesondere der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland und Europa befördert. Wie so oft besteht

hier kaum ein Erkenntnisproblem, sondern eher ein Umsetzungsproblem oder ein Problem bei der Mittelbereitstellung. Zehn Milliarden Euro des Bundes in zehn Jahren als zivile Antwort auf das inzwischen vergrößerte 500-Milliarden-Sondervermögen der Bundeswehr erscheinen nicht viel und sind dennoch gewaltig. Warum? Weil sich mit diesem Geld auch viele Grundsatzfragen stellen und geregelt werden müssen.

Zudem bringt die geografisch zentrale Lage der Bundesrepublik Deutschland auch erhebliche Herausforderungen mit sich, insbesondere in Bezug auf hybride Bedrohungen. Hybride Bedrohungen sind komplexe Sicherheitsrisiken, die eine Mischung aus konventionellen und nicht-konventionellen Methoden nutzen, um destabilisierend wirken zu können. Deutschland sieht sich zunehmend mit solchen Bedrohungen konfron-

tiert, sei es durch Cyberangriffe, Desinformation, politische Einflussnahme oder andere Formen der hybriden Kriegsführung. Es ist daher wichtig, dass Deutschland und seine Partnerländer proaktiv zusammenarbeiten, um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken und die Sicherheit und Stabilität in Europa weiter zu gewährleisten. Dies gelingt am besten mit einer gesamtstaatlichen Verteidigungsfähigkeit, in der Streitkräfte, Wirtschaft und Gesellschaft eng miteinander vernetzt sind. Das Zusammenwirken der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, also auch der Wirtschaft, bildet eine Gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit, die durch das „Miteinander aller“ trägt und Deutschland zukunftsfest macht. Der Gesamtstaatliche Ansatz, die Gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit sind mehr als die Summe ihrer Teile – sie führen zu gesamtstaatlicher Sicherheit. ■

Anzeige



INNOVATION DER KNIEORTHESEN

SecuTec® Genu Flex BEI KNIEVERLETZUNGEN

→ [BAUERFEIND.COM](https://bauerfeind.com)



Weiterbildung als Wachstumsmotor: Warum Deutschland Unternehmen jetzt investieren m

Von Prof. Dr. Julia Knopf

Weiterbildung ist der Schlüssel zum Erfolg“, „Wissen ist unser wertvollstes Kapital“, „Ohne lebenslanges Lernen verlieren wir den Anschluss“ – solche Aussagen begegnen uns überall – in Unternehmensleitbildern, Strategiepapieren und Geschäftsberichten. Ein Blick in die Unternehmen offenbart jedoch eine ernüchternde Realität: Unternehmen investieren durchschnittlich 20,3 Stunden pro Jahr und pro Mitarbeiter in Weiterbildung – das entspricht gerade einmal drei Arbeitstagen und durchschnittlich 1.350 Euro pro Mitarbeiter. Angesichts rasanter technologischer Entwicklungen und sich wandelnder Arbeitsanforderungen sind dies äußerst alarmierende Zahlen – zumal Studien zeigen: Unternehmen, die konsequent in Weiterbildung investieren, erzielen eine um 24 % höhere Produktivität und eine um 21 % gesteigerte Rentabilität im Vergleich zu

ihren Wettbewerbern. Weiterbildung ist also kein Kostenfaktor, sondern Wachstumsmotor.

Die Zukunft der Weiterbildung erfordert Paradigmenwechsel

Jahrzehntlang haben Menschen in Schule, Ausbildung und Beruf nach starren, oft veralteten Mustern gelernt. „Lebenslanges Lernen“ blieb oft ein Schlagwort ohne Substanz. Nun steht die Wirtschaft vor einem der komplexesten Veränderungsprozesse: Weiterbildung muss zum Kernstück der Unternehmensstrategie werden. Eine McKinsey-Studie (2023) belegt die Dringlichkeit: Nur 15 % der Unternehmen haben eine systematische Weiterbildungsstrategie, obwohl 78 % der Führungskräfte den steigenden Qualifizierungsbedarf als kritisch einstufen. Dies erfordert ein radikales Umdenken auf allen Ebenen – von innovativen Lernformaten bis zur Neuausrichtung der Lernkultur. Eine Herausforderung, die im Tages-

geschäft oft vernachlässigt wird, aber für die Zukunftsfähigkeit entscheidend ist.

Der Trugschluss vermeintlich einfacher Lösungen

Viele Unternehmen greifen zu vorgefertigten Inhalten, implementieren Lernmanagementsysteme oder investieren blindlings in KI-Systeme. Diese Maßnahmen erscheinen attraktiv, da sie mit einer einfachen Kaufentscheidung das Gefühl vermitteln, der Weiterbildungspflicht nachgekommen zu sein. Doch sie greifen zu kurz. Sie berücksichtigen weder die individuellen Lernbedürfnisse noch die strategischen Unternehmensziele. Stattdessen erzeugen sie eine Illusion von Fortschritt, während die eigentlichen Herausforderungen einer effektiven Weiterbildung ungelöst bleiben. Effektive Weiterbildung erfordert ein tieferes Verständnis moderner Lernbedürfnisse. Die Erfahrungen mit Netflix, Instagram und Co. prägen heute die

ds üssen

Foto: AdobeStock©sum41

Erwartungen ans Lernen: Wie Menschen im Privaten maßgeschneiderte Inhalte und intuitive Nutzererlebnisse genießen, so erwarten sie auch in der beruflichen Weiterbildung personalisierte, genau auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Lernangebote. Der passive Konsument von Standardinhalten hat ausgedient – an seine Stelle tritt der aktiv Lernende, der relevante Inhalte zum richtigen Zeitpunkt im passenden Format erwartet.

Mensch-KI-Allianz: Neue Lernwege

Künstliche Intelligenz (KI) erweitert das Instrumentarium moderner Weiterbildung genau an der Stelle, wo traditionelle Ansätze an ihre Grenzen stoßen: KI-Systeme können individuelle Lernpfade erstellen, adaptive Schwierigkeitsgrade bieten und als personalisierte Lernbegleiter fungie-

„Die Erfahrungen mit Netflix, Instagram und Co. prägen heute die Erwartungen ans Lernen.“

ren. Sie scheinen die Antwort auf jene Erwartungshaltung zu sein, die sich aus der privaten Mediennutzung auf das berufliche Lernen überträgt. Doch während Unternehmen beachtliche Summen in KI-Lösungen investieren, wird die entscheidende Komponente oft übersehen: Das Potenzial dieser Technologie entfaltet sich erst, wenn Menschen sie kompetent zu nutzen wissen.

Inmitten des KI-Hypes zeichnet sich ein bemerkenswertes Paradoxon ab: Je leistungsfähiger die künstliche Intelligenz wird, desto wichtiger werden genuin menschliche Fähigkeiten. Eine grundlegende KI-Affinität ent-

EXKURS

Betriebliche Bildung in der Zukunft: Der erste Arbeitstag im Supermarkt

Sarah, neue Kassiererin bei SuperFresh, erhält statt eines dicken Handbuchs eine leichte AR-Brille. „Willkommen“, begrüßt sie KI-Trainerin Mia und führt sie durch den Markt. Bei den Avocados erscheint prompt ein rotes Warnsymbol: „Reifegrad prüfen – 60 % dieser Charge waren gestern zu hart“ – modernes Lernen, nahtlos verbunden mit Echtzeit-Betriebsdaten. An der Trainingskasse tauchen virtuelle Kunden auf. Als Sarah bei Pfandbons zögert, hilft ein dezentes Highlight: „F4 drücken, dann scannen.“ Bei ihrer fünften Kundin will sie versehentlich zuerst den Kassenbon drucken – sofort vibriert die Brille sanft mit eingblendeter Korrektur: „Erst Zahlungsart auswählen.“

„Die KI hat mir deine Fortschritte übermittelt – du beherrschst die Standardabläufe bereits sehr gut,“ sagt Teamleiter Marcus am Nachmittag. „jetzt üben wir Reklamationen.“ Hier setzt das Unternehmen bewusst auf menschliche Anleitung. Als ein verärrterter Kunde mit verschimmeltem Joghurt zurückkommt, blendet Sarahs Brille diskret Informationen ein: „Herr Weber, kauft seit 2031 hier ein, letzte Reklamation vor drei Monaten.“ Marcus beobachtet ihre Abwicklung und ergänzt: „Wenn du Ersatz anbietest, zeig aufs frische Regal – die persönliche Geste macht den Unterschied.“

Das Ausbildungskonzept sieht vor, dass Sarah alle Abteilungen kennenlernt. An der Frischetheke zeigt ihr die KI,

wie die Aufschnittmaschine zu bedienen ist. Mit millimetergenauen Animationen wird sichtbar, wie dick der Gouda geschnitten werden muss und wie die Maschine sicher zu reinigen ist – Gefahrenstellen blinken rot.

Nach einem Monat meldet Mia: „Sarah beherrscht 93 % aller Kassenprozesse, aber nur 65 % bei der Frischetheke“ – die Basis für kontinuierliches, gezieltes Lernen statt starrer Fortbildungszyklen.



Foto: KI-generiert

„KI-Systeme können individuelle Lernpfade erstellen.“

wickelt sich zur entscheidenden Basisqualifikation – sie beschreibt die Fähigkeit, mit adaptiven Systemen zu interagieren und sie als kognitive Werkzeuge einzusetzen, ohne die eigene Urteilskraft aufzugeben.

Ist KI unser neuer Verstand? Diese provokante Frage markiert den Kern der Herausforderung: Kritisches Denken wird zur digitalen Überlebensstrategie. Angesichts algorithmisch erzeugter Uniformität müssen Menschen ihre intellektuelle Autonomie und Anpassungsfähigkeit stärken. Die Entwicklung echter KI-Affinität erfordert daher neue didaktische Konzepte – nicht das mechanische Erlernen von Prompt-Techniken, sondern ein tieferes Verständnis der KI-Logik, vergleichbar mit dem Unterschied zwischen isoliertem Vokabellernen und dem Erwerb eines authentischen Sprachgefühls. Für Unternehmen bedeutet dieser Paradigmenwechsel, nicht nur in Technologie, sondern gezielt in die KI-Didaktik zu investieren.

Wie transformativ diese Entwicklung sein kann, zeigt das Beispiel im Kasten: Während die Technologie bei standardisierten Prozessen brilliert, übernimmt der Mensch dort, wo soziale Intelligenz und Empathie gefragt sind – ein komplementäres Zusammenspiel, das direkt zur nächsten zentralen Frage führt: Wie lässt sich der Erfolg solcher hybriden Lernansätze zuverlässig messen?

Erfolg braucht Messung: Didaktische KPIs als Grundlage

Um sicherzustellen, dass innovative Lernansätze tatsächlich wirken, ist eine aussagekräftige Erfolgsmessung unerlässlich. Hierfür braucht es didaktische Key Performance Indicators (KPIs), mit denen Unternehmen den Wert ihrer Bildungsinvestitionen nachweisen können. Diese KPIs erfassen u. a. die tatsächliche Anwendung des Gelernten im Arbeitsalltag, messen die Leistungsverbesserung, eva-

luieren den mittel- und langfristigen Wissenserwerb und analysieren die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen. Besonders im Kontext KI-gestützter Lernprozesse benötigen Unternehmen neue Messgrößen, die über traditionelle Kennzahlen hinausgehen und die Entwicklung von KI-Affinität erfassen.

Vielfalt als Treiber für Innovation in der Weiterbildung

Die Heterogenität der Mitarbeiter – von Digital Natives bis zu erfahrenen Fachkräften – stellt Unternehmen vor komplexe Herausforderungen in der Weiterbildung. Gleichzeitig veranlasst diese Vielfalt die Unternehmen, tradi-

„Nur durch intensive betriebliche Weiterbildung können Unternehmen die Kompetenzlücken der nachrückenden Generationen schließen.“

tionelle Lernkonzepte zu hinterfragen und maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln. Die Integration verschiedener Lernstile, Erfahrungshorizonte und Kompetenzniveaus fördert die Entstehung adaptiver Lernökosysteme. Diese Flexibilität wird in Zeiten des Fachkräftemangels zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Unternehmen, die Diversität als Chance

begreifen, profitieren messbar: Sie verzeichnen eine um 35 % höhere Mitarbeiterbindung und sind bei der Rekrutierung deutlich erfolgreicher. Vielfalt wird so zum Schlüssel für eine lernende Organisation, die kontinuierliche Anpassung und Innovation als Teil ihrer DNA versteht.

14 Billionen Euro Verlust: PISA-Schock gefährdet Wirtschaftsleistung

Die Dringlichkeit einer Neuausrichtung der betrieblichen Weiterbildung wird durch die jüngste PISA-Studie drastisch unterstrichen. Der Einbruch der Schülerleistungen in Deutschland – ein Rückgang von 25 PISA-Punkten, gleichbedeutend mit einem Schuljahr – prognostiziert einen volkswirtschaftlichen Schaden von 14 Billionen Euro. Diese Zahl verdeutlicht: Die eingangs erwähnte Diskrepanz zwischen Lippenbekenntnissen und tatsächlichen Bildungsinvestitionen hat weitreichende Folgen. Während langfristig das schulische Bildungssystem zweifelsohne Reformen benötigt, müssen Unternehmen kurzfristig handeln. Nur durch intensive betriebliche Weiterbildung können sie die Kompetenzlücken der nachrückenden Generation schließen. Dies unterstreicht einmal mehr: Weiterbildung ist kein Kostenfaktor, sondern ein unverzichtbarer Wachstumsmotor – nicht nur für Unternehmen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. ■



Foto: Maurice Jelinski

Über die Autorin:

Julia Knopf ist seit 2012 Inhaberin des Lehrstuhls Fachdidaktik Deutsch an der Universität des Saarlandes und widmet sich insbesondere der Erforschung digitaler Lehr- und Lernprozesse im Deutschunterricht. Die promovierte und habilitierte Didaktikerin ist Gründungspartnerin und Gesellschafterin der Didactic Innovations GmbH und der School to go GmbH. Sie leitet außerdem das Forschungsinstitut Bildung Digital (FoBiD).

iWirtschaftsrat

Willkommen in der Zukunft – mit der Digitalen Mitgliederkarte

Schluss mit dem Kramen in der Brieftasche, dem Suchen nach der Plastikkarte oder dem Grübeln, wo sie schon wieder abgeblieben ist. Der Wirtschaftsrat der CDU geht mit der Zeit – und führt in diesem Jahr die Digitale Mitgliederkarte ein! Gemeinsam mit unserem innovativen Partner Miss Moneypenny Technologies bringen wir Ihre Mitgliedschaft direkt auf Ihr Smartphone. Ob im Apple Wallet oder bei Google Wallet – ab sofort ist der digitale Nachweis Ihrer Mitgliedschaft jederzeit griffbereit, elegant, praktisch und natürlich datensicher.

Also:
Digitalisieren Sie mit –
aus Überzeugung, aus Komfort und vielleicht auch ein kleines bisschen aus Neugier. Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen diesen nächsten Schritt zu gehen.

Ihre Vorteile auf einen Blick:

- ▶ Immer dabei: Ihre Mitgliedskarte ist dort, wo auch Ihr Smartphone ist – also quasi immer zur Hand.
- ▶ Immer aktuell: Änderungen wie Verlängerungen, neue Funktionen oder Veranstaltungszugänge? Automatisch aktualisiert – ganz ohne Papierkram.
- ▶ Nachhaltig: Weniger Plastik, weniger Druck – ein kleiner Schritt für Ihr Portemonnaie, ein großer für die Umwelt.
- ▶ Und unser Draht zu Ihnen ist Ihr direkter Draht zu uns: Treten Sie direkt mit uns in Kontakt.

Möglich wird dieses zukunftsweisende Projekt auch dank des Engagements der **Quirin Privatbank AG**, langjähriger Partner und Förderer des Wirtschaftsrates. Als Bank, die selbst für Transparenz, Digitalisierung und moderne Vermögensverwaltung steht, war es für die Quirin Privatbank ein klares Bekenntnis, diese Innovation zu unterstützen. Ein herzliches Dankeschön für dieses Engagement! Es zeigt, wie stark unser Netzwerk ist – und wie sehr unsere Partner die Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Organisation aktiv mitgestalten.

Und so funktioniert's:

Nach der Einführung erhalten Sie eine E-Mail mit einem persönlichen Link. Mit einem Klick fügen Sie die Karte ganz einfach Ihrem digitalen Wallet hinzu – und schon sind Sie startklar. Keine App, kein Passwort, keine Hürde. Nur Ihre Mitgliedschaft – digital, modern und mit einem Hauch von Zukunft. Der Wirtschaftsrat ist nicht nur Stimme der Sozialen Marktwirtschaft – wir leben sie auch. Mit der Digitalen Mitgliederkarte setzen wir ein Zeichen für Innovation, Effizienz und Nutzerfreundlichkeit.

Von Simon Steinbrück. Fotos: Arne Landwehr

„Kloster Eberbach als Tagungsort war mehr als klug gewählt: Das Kloster war in seiner Geschichte nicht nur Hort des christlichen Glaubens, sondern auch eine über die Region herausragende Wirtschaftskraft. Wie die Mönche einen ‚inneren Kompass‘ durch ihren Glauben besaßen, so benötigt auch die Soziale Marktwirtschaft ein ideelles Wertegerüst, um zu funktionieren. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille und genau dieser Geist durchzog und beflügelte unsere gemeinsamen Tage.“

Christoph Harras-Wolff, Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Kurt Wolff GmbH & Co. KG

Wirtschafts- und Werte-Akademie Kloster Eberbach





Inspiration

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung, sie ist vor allem eine Werteordnung, die auf dem christlichen Menschenbild basiert. Ihre Prinzipien müssen revitalisiert und an neue Herausforderungen angepasst werden. Die unvergleichliche Atmosphäre im Kloster Eberbach spiegelt diese Herausforderung wider und schafft einen Rahmen, aus dem ein ganz besonderer Geist entsteht. Die knapp 900 Jahre alte ehemalige Abtei ist nicht nur eines der großartigsten Denkmäler der Klosterbaukunst und die wohl am besten erhaltene mittelalterliche Klosteranlage Europas, sondern vor allem auch ein magischer Ort, an dem Tradition und Moderne, Werte und Ideen eine einzigartige Verbindung eingehen.





Diskussion

Eine überzeugende Wirtschaftspolitik, die den gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit entspricht, kann nicht am Reißbrett in Beamtenstuben entworfen werden, sondern muss an der Front der öffentlichen Meinungsbildung geschmiedet werden. Sie muss das Thema von Diskussionen und Streitgesprächen sein und auf tradierten Werten und Überzeugungen aufbauen. Deshalb steht der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen maßgeblichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Mittelpunkt. Die anregenden Impulse, die fundierte Analysen sowie die inspirierenden und persönlichen Gespräche sind prädestiniert, dafür einen Beitrag zu leisten und ermöglichen Teil eines exklusiven Netzwerks zu werden.



„Die Klausur bot einen spannenden Rahmen, um mit Entscheidern aus der Wirtschaft in kurzweiligen und direkten Austausch zu treten. Die geschützte Atmosphäre der exklusiven Runde sorgte dabei nicht nur unter den Teilnehmern, sondern auch bei den Vortragenden für einen angenehm ehrlichen Austausch auf Augenhöhe.“

Christian Frhr. v. Banhans, Geschäftsführer, Multiconnect GmbH



„Es war einfach ein Superlativ: eine Veranstaltung, die mit viel Liebe und Herzblut auf höchstem Niveau organisiert war. Das betraf den Rahmen, die Redner, das Programm, die Inhalte und das Hotel. Die hochwertigen Vorträge und Gespräche eröffneten viele neue Einblicke, die ich überaus bereichernd fand.“

Thomas Kübler, Geschäftsführender Gesellschafter, Kübler GmbH



Aufbruch

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Prinzipien von Freiheit und Verantwortung der perfekte Kompass sind, um uns auch heute durch die verstörend unsicheren Zeiten permanenter Umbrüche zu navigieren. Umso mehr geht es darum, auf dem Wertefundament der Sozialen Marktwirtschaft Leitlinien für ein positives und zugleich von der Realität gedecktes bürgerlich-liberales Gegenmodell zu entwickeln. Ein Bild, das Lust auf Zukunft macht und eine Grundphilosophie, die Eigeninitiative wieder in den Vordergrund rückt. Es kommt darauf an, sich mit kämpferischem Optimismus gegen lähmende Zukunftsängste zu wenden und wieder ein Klima zu schaffen, in dem sich schöpferische Kräfte zum Wohle aller frei entfalten können.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist Dreh- und Angelpunkt dieser sehr besonderen Seminar-Reihe. Wir sind überzeugt: Eine überzeugende Wirtschaftspolitik kann nicht am Reißbrett in Beamtenstuben entworfen werden. Deshalb steht der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen maßgeblichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Mittelpunkt dieser Zusammenkunft. Die anregenden Impulse, die fundierten Analysen sowie die inspirierenden und persönlichen Gespräche sind prädestiniert, dafür einen Beitrag zu leisten und ermöglichen es, Teil eines exklusiven Netzwerks zu werden. Die unvergleichliche Atmosphäre im Kloster Eberbach schafft dafür einen idealen Rahmen: Die knapp 900 Jahre alte ehemalige Abtei ist nicht nur eines der großartigsten

Denkmäler der Klosterbaukunst und die wohl am besten erhaltene mittelalterliche Klosteranlage Europas, sondern vor allem auch ein magischer Ort, an dem Tradition und Moderne, Werte und Ideen eine einzigartige Verbindung eingehen. ■

Das nächste Seminar findet vom 15. bis 17. Oktober statt. Da wir erneut und sehr bewusst nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zulassen, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihr grundsätzliches Interesse an einer Teilnahme bereits frühzeitig durch eine kurze Mail an Frau Loona Arafeh (l.arafeh@wirtschaftsrat.de) mitteilen.



„Für mich ist der Wirtschaftsrat eine der besten Wertegesellschaften in Europa. Daher war es nicht nur eine Frage der Zeit, sondern folgerichtig, eine Wirtschafts- und Werteakademie ins Leben zu rufen. Bei der Auftaktveranstaltung im Kloster Eberbach teilgenommen zu haben, ist für mich eine Auszeichnung. Das besondere Ambiente, die Top-Referenten sowie die Möglichkeit, mit ihnen in den Dialog zu treten, haben mich bereichert und werden mir noch lange in Erinnerung bleiben.“

Rolf Hoffmann, Geschäftsführender Gesellschafter, Kabel + Satellit Bergen Kommunikationstechnik GmbH

MediaMarkt

SATURN

***Sie haben ein
Business.
Wir haben Lösungen.***

Exklusiv für Geschäftskunden:

Mit uns profitieren Sie von einem umfangreichen
Produkt- und Service-Angebot und persönlicher Nähe.

LET'S GO!

Jetzt
Geschäftskunde
werden



MediaMarktSaturn Business.

STANDPUNKT
STEIGER

„Was hier passiert, greift die Grundlagen
unserer freiheitlichen Wirtschafts- und
Gesellschaftsordnung an.“

Warum Identitätspolitik und Cancel Culture nicht zur Sozialen Marktwirtschaft passen

Zwang und Freiheit sind Widersprüche

Von Wolfgang Steiger

Der amerikanische Präsident Donald Trump geht seit seinem Amtsantritt konsequent gegen Initiativen zur Förderung von Gleichberechtigung und Vielfalt vor – entsprechende Programme werden gestoppt, zuständige Behörden geschlossen. Dieses resolute Durchgreifen wird jetzt nach Europa getragen und die US-Regierung fordert europäische Unternehmen auf, die Einhaltung der Regeln zum Verbot von Programmen zur Förderung von Diversität, Gleichstellung und Inklusion („Diversity, Equity and Inclusion“, DEI) zu bestätigen. Das ist völlig inakzeptabel. Europa kann und darf seine tragenden und verbindenden Werte keinesfalls aufgeben und sollte sich auch nicht in einen Kulturkampf ziehen lassen. Gleichzeitig wäre es jedoch auch zu einfach, hier nur die Angst vor Veränderung zu diagnostizieren und den Status quo ungefragt aufrecht zu erhalten. Unter dem Deckmantel hehrer Ziele hat es zuletzt auch unübersehbar Übertreibungen in die andere Richtung gegeben. Ohne ESG etwa wäre Europa heute wohl bereits deutlich besser militärisch aufgestellt.

Schon Arthur Schopenhauer wusste, dass der Zeitgeist zu Übertreibungen führen kann, die dann darin mün-

den, dass sich die gerade noch verbreiteten Maßstäbe und Vorstellungen in die genau entgegengesetzte Richtung bewegen. „In solcher Zeit nämlich haben alsdann die jedesmaligen Irrtümer sich so gesteigert, dass sie unter der Last ihrer Absurdität zusammenstürzen.“ Auch heute schlägt das Pendel nach langer links-grüner Dominanz unübersehbar nach rechts aus. Statt diese Bewegung zwanghaft aufzuhalten, sollte es vielmehr darum gehen, den Rahmen dafür zu schaffen, um den Pendelschlag in der bürgerlichen Mitte aufzufangen und ein Durchrauschen auf die andere Extremseite – wie bei Präsident Trump – zu verhindern. Dazu gehört unweigerlich eine ehrliche Betrachtung bisheriger Fehlentwicklung und Übertreibungen.

Viele kennen das alte Bonmot von Konrad Adenauer über die Wiederbewaffnung. Als sein Vertrauter Felix von Eckardt ihm eröffnete, dass zwei Drittel der Bürger gegen die Wiederbewaffnung seien, erwiderte Adenauer schlicht: „Da haben Sie aber noch eine Menge zu tun, Herr von Eckardt.“ Diese Anekdote verdeutlicht wieviel Kraft und politisches Kapital traditionell aufgewendet wurde, um gerade bei umstrittenen Themen Andersdenkende zu

überzeugen und mitzunehmen. Unübersehbar hat sich die Diskussions- und Debattenkultur in Deutschland in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Statt auf die Kraft der Idee und des Arguments zu setzen, breitet sich immer stärker ein gefährlicher Mechanismus aus, der Diskussions-, Sprach- und Freiheitsräume einengt, indem er Kritik etikettiert und mitunter diskreditiert. Minderheiten setzen auf diese Weise im Brustton moralischer Überlegenheit Forderungen durch, die ganz offensichtlich nicht von Bevölkerungsmehrheiten getragen sind. Doch dort wo die Aussage „Das darf man nicht laut sagen“ Konjunktur hat, steht es um Freiheit und Demokratie schlecht und Unzufriedenheit bahnt sich ihren Weg.

Gerade die Migrations- und die Klimapolitik waren in den letzten Jahren von aggressiven und moralisch aufgeheizten Debatten geprägt. Bei fehlender Zur-Schau-Stellung des Bekenntnisses zum „Guten“ wurde reflexhaft eine Ablehnung in der Sache unterstellt. Wer dem grünen Zeitgeist Widersprüchlichkeiten nachweist, ist schnell ein „Klimaleugner“. Wer mit Blick auf die Zuwanderung um die eigene kulturelle Identität fürchtet, droht als „Rassist“ abgestempelt zu werden. Wer nicht gendert, wird schnell als Sexist und Anti-Feminist verunglimpft. Und wer die europäische Rettungspolitik kritisch hinterfragt, muss damit rechnen, als „Anti-Europäer“ stigmatisiert zu werden. Diese hochgradige Moralisierung und das unredliche Gleichsetzen von Instrumenten mit Zielen sind zutiefst undemokratisch und sie führen in gefährliche Pfadabhängigkeiten, für die es bereits zahlreiche abschreckende Beispiele gibt. So ist etwa die Kernkraft in Deutschland nicht technisch gescheitert. Sie ist diskursiv gescheitert, weil wir es als Gesellschaft einfach nicht geschafft haben, künstliche Tabus aufzubrechen und eine offene Debatte zu führen. Weil das Sprechen über sie nur noch von lautstarken Gegnern und Angstmachern dominiert wurde – die Befürworter jedoch stigmatisiert wurden und sich entnervt aus der Diskussion zurückgezogen haben. Es muss uns alle nachdenklich stimmen, dass bei dieser für den Wirtschaftsstandort Deutschland so wichtigen Entscheidung eine Mischung aus verengtem Diskussionsraum, aggressiver Negierung von Evidenz, von geistiger Trägheit und der Abwesenheit eines Korrektivs herrschte.

Umso wichtiger ist es, hinter die Dynamiken dieser Entwicklungen zu schauen und sich die Implikationen bewusst zu machen, die sich aus den potentiellen Zwängen ergeben, die mit Begriffen wie „Klimagerechtigkeit“, „Identitätspolitik“, „Wokeness“ oder „Cancel Culture“ errichtet werden. Denn was hier passiert, greift die Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an. Es hat fraglos eine totalitäre Anmutung, wenn eine Minderheit eine ganze Gesellschaft per Oktroi auf den Weg des Fortschritts, so, wie sie ihn definiert, zu bringen versucht und ausgerufenen Transformationen als autoritären Marschbefehl in den eigenen Lebensentwurf missbraucht.

Hinter den meisten Bedrohungen der individuellen Freiheit stehen gute Absichten. So ist auch bei Woke-, Klima- und ähnlichen Bewegungen durchaus anzuerkennen, dass im Kern häufig ehrenwehre Ziele und Anliegen zu Grunde liegen oder zumindest lagen. Doch die Dosis macht das Gift. Hehre Absichten werden schnell gekapert und mit weitreichenden Transformationsvorstellungen überlagert. Bei zahllosen Klimademos gehören Plakate gegen den Kapitalismus längst zur Grundausrüstung. Und war das Anliegen früherer Bürgerrechtsbewegungen häufig noch, Gleichberechtigung zu erreichen und vom Staat weitgehend in Ruhe gelassen zu werden, so fällt auf, dass es heutigen Initiativen oft nahezu gegenteilig gerade um mehr staatliche Eingriffe und Regelungen geht – ihre Instrumente sind Quoten, Verbote, Beauftragte und Subventionen. Schauen wir deshalb auf einige der Bausteine, die aus ehrenwerten Zielen jene Zwänge entstehen lassen, die Freiheitsräume gefährden, gesellschaftliche Spaltung vorantreiben und wirtschaftliche Dynamik lähmen.

I. Moralisieren

Ein untrügerisches Zeichen stellt die ständige Umdeutung einer politischen Streitfrage in eine moralische dar. Es ist gerade diese moralische Codierung des politischen Konfliktes, die der Minderheit ihre vermeintliche Überlegenheit verschafft. Die normativ aufgeladenen Unterscheidungen befördern gleichsam eine strikte Entweder-oder-Logik sowie damit einhergehend einen latenten Bekenntniszwang. Andersdenkende gelten als moralisch schlecht und sollen kein Gehör finden. Man denke an die Aufttritts- und Sprechverbote, mit denen wütende Eiferer gegen Auffassungen vorgehen, die den ihren widersprechen.

Auf Empörung beruhende Meinungen finden häufig viel leichter Zustimmung, als Positionen, die aufgrund aufwendiger Abwägungen von Für und Wider entstanden sind. Politik muss dem Bürger keine rationalen Problemlösungen mehr anbieten, die im Zweifel einer strikten Erfolgskontrolle unterliegen. Gutes Handeln wird allein durch eine gute Gesinnung zum Ausdruck gebracht und nicht etwa durch positive Handlungsfolgen. Dafür gibt es die vermeintliche Garantie, moralisch auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Doch wenn Politik dort moralisiert, wo Argumente gefragt wären, dann führt das zu einer leblosen und phrasenhaften Abstraktion. Viele Menschen empfinden das offensichtlich als eine bevormundende Herablassung und so wächst der Ärger, sich für den eigenen Lebensstil und die eigenen Wertvorstellungen bevormunden lassen zu müssen.

Wer seine eigene Position moralisch überhöht, der delegitimiert gleichzeitig die Gegenposition und zerstört damit den Raum für mögliche Kompromisse. An die Stelle von Sachanalysen treten dann Empörung und gegenseitiges Diffamieren. Mit dem Ergebnis, dass die Verachtung des demokratischen Konkurrenten wichtiger wird als das politische Ziel, dem Nutzen für das Gemeinwesen verpflichtet

zu bleiben. Dieser moralische Absolutismus ist gefährlich und zutiefst undemokratisch.

Wir brauchen wieder mehr politische Debatte und weniger moralischen Imperativ. Das wird nur möglich sein, wenn wir uns von einer Fehlinterpretation, die sich in den letzten Jahren etabliert hat, konsequent verabschieden. Die Aufgabe der Moral für das politische Handeln liegt eben nicht darin, den Handelnden bis ins letzte Detail den Weg vorzugeben. Die Bedeutung der Moral liegt vielmehr darin, den Handlungsraum der Politik zu definieren. „Moral gibt

„Wir brauchen wieder mehr politische Debatte und weniger moralischen Imperativ.“

Auskunft über Grenzen. Sie beantwortet die Fragen, was darf die Politik unter keinen Umständen tun und wozu ist die Politik unter allen Umständen verpflichtet“, beschreibt Peter Graf von Kielmansegg das Spannungsfeld. Zwischen diesen Grenzen aber erstreckt sich der weite Raum, den wir wieder mit Inhalten besetzen müssen. Es ist der Ort des eigentlichen demokratischen politischen Prozesses, in dem wir die Freiheit und Verpflichtung haben, zwischen Möglichkeiten des Handelns abzuwägen und auszuwählen, die gleichermaßen mit der Moral kompatibel sind. Diesen Raum mit moralischen Imperativen zu verengen, wird auf Dauer nicht funktionieren.

II. Verängstigung / Alarmismus

Ein weiteres Merkmal ist, beständig Krisen und Bedrohungen überzubetonen und dann staatlichen Schutz anzubieten bzw. kollektivistische Hilfe zu suggerieren. Die Dynamik, die sich hinter diesem Alarmismus vollzieht, folgt einer simplen politischen Handlungslogik. Zunächst wird eine Stimmung erzeugt, die man hysterisch nennen muss. Es wird die drohende Klimakatastrophe ausgerufen oder man steht – wie Robert Habeck seine Industriepolitik rechtfertigte – wirtschaftspolitisch in einem Boxkampf mit verbundenen Händen, während der vermeintliche Gegner Hufeisen in den Handschuhen hat und bereits zum Schlag ausholt. Auf jeden Fall ist es immer mindestens 5 nach 12. Die Zeit für mühsame Abwägungen und Differenzierungen ist damit abgelaufen. Stilprägend ist an dieser Stelle dann die Eindimensionalität der Zielsetzung, die keine Nebenwirkungen mehr berücksichtigt, die Reduzierung von Komplexität sowie die Kompromisslosigkeit bei der Zieldurchsetzung. Die Situation erfordert nun unverzügliches Handeln, gerne auch unter Verletzung ordnungspolitischer oder sogar rechtsstaatlicher Prinzipien. Nun werden unterkomplexe und plakative Forderungen nach Verboten und Beschränkungen abgefeuert. Durch die erzeugte Unsicherheit erscheint zudem das Angebot eines fürsorglichen Staates, der vermeintlichen Schutz in diesen turbulenten Zeiten bietet, attraktiv. Doch die Fürsorge entpuppt sich jedes Mal schon bald als Bevormundung

und Entmündigung. Es ist eine Dynamik, die Markt und Eigenverantwortung ersticken lässt.

III. Verbotskultur und Anti-Wettbewerb

Ein verordnetes Einheitsdenken, -reden und -handeln fußt auf kollektivistischen Ideen und Phantasien. Damit kontrastiert es fundamental mit dem individualistischen Menschenbild des eigenverantwortlich handelnden Menschen, das der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt, wie sie in den konstituierenden Prinzipien von Walter Eucken zum Ausdruck kommt. Die Soziale Marktwirtschaft geht immer vom Individuum aus. Zu den wichtigsten Anliegen einer offenen, liberalen Gesellschaft gehören ja gerade die Minimierung von Zwang und die Betonung der Eigenverantwortung. Nur so entstehen die gesellschaftliche Vielfalt, ein Wettstreit der Ideen, der Ideenreichtum und die Kreativität, die die Soziale Marktwirtschaft zum Funktionieren so dringend benötigt.

Vor allem braucht es Wettbewerb. Durch das wettbewerbliche Entdeckungsverfahren in einem Umfeld freier Preisbildung werden wirtschaftlicher Fortschritt, Innovation und Wohlstand möglich. Franz Böhm bezeichnete den Wettbewerb sogar als das „genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“. Das bezieht sich nicht nur auf Produkte und Unternehmen. Es bedeutet auch, unterschiedliche soziale Konstrukte auszuprobieren und die Zuversicht zu haben, dass sich das, was sich bewährt, auch verbreiten wird. Wettbewerb, Eigenverantwortung und Subsidiarität schaffen Vielfalt und Dynamik – sie geben die Möglichkeit, von Gutem und Schlechtem gleichermaßen zu lernen. Eine am Reißbrett entworfene Sprache und Gesellschaft gepaart mit fehlender Technologieoffenheit und eingeschränkter Meinungsfreiheit schafft dagegen Anfälligkeit durch Monokulturen und spaltet, obwohl sie zu verbinden vorgibt. Das gilt auch für Quoten, mit denen fachliche Kompetenzanforderungen übersteuert werden sollen. Wird bei der Auswahl konsequent auf Eignung und Kompetenz geachtet, stellt sich jede sachgerechte Quote durch den Wettbewerb automatisch ein. Und die individuelle Persönlichkeit wird nicht zum bloßen Träger von willkürlich ausgewählten Gruppenmerkmalen degradiert. Eine liberale Ordnung schafft Voraussetzungen dafür, dass Vielfalt und Chancengerechtigkeit ermöglicht werden, sie verordnet und erzwingt jedoch nicht über zentral festgelegte Quotierungen.

Es ist erschreckend, wie weit staatliche Allmachtsfantasien inzwischen reichen und wie aggressiv versucht wird, einen Konformitätsdruck zu erzeugen. Wirtschaft, Mobilität, Sprache, Ernährung, Wohnen, Familie sogar Haustiere – kaum ein Bereich, in den die Übergriffigkeit nicht hineinreicht. Tempolimits, Werbeverbote für unliebsame oder ungesunde Produkte, Veggie-Day, Technologievorgaben bei Heizung und Auto, Verbot von Rückwärtsparken und Einfamilienhäusern. Statt durch Aufklärung und Überzeugungsarbeit, die Menschen für seine Positionen

zu überzeugen, wird versucht ihnen durch ein autoritäres Erziehungsregiment immer neue Dogmen, Vorschriften und Tabus aufzudrängen. Der Umgang mit Gesundheit und Risiken fällt unter die Eigenverantwortung. Das Private hat den Staat nichts anzugehen.

IV. Missbrauch der Sprache

Schon Friedrich August von Hayek hat in seinem Jahrhundertbuch „Der Weg zur Knechtschaft“ angeprangert, wie die Verdrehung der Sprache immer wieder als manipulatives Machtmittel für planwirtschaftliche Ziele missbraucht wird. Wie jeder Kollektivismus, der sich der Sprache bemächtigt, wird auch die heute sichtbare Version zunehmend repressiv. Wichtig ist zunächst eine grundlegende Unterscheidung herauszuarbeiten. Es geht bei diesem Prozess keineswegs, wie häufig behauptet wird, um einen Sprachwandel, sondern ganz eindeutig handelt es sich um bewusst gesteuerte Sprachpolitik. Sprachwandel wäre eine Entwicklung, die natürlich verläuft. Sprachpolitik dagegen ist das gezielte Einwirken auf Sprache, um sie in den Dienst eigener Zwecke zu nehmen. Die Umdeutung bzw. Neubesetzung von Begriffen sowie das radikale Gendern sind zwei besonders sichtbare Ausprägungen dieses Vorgehens.

Umdeutung von Begriffen

Unter der Überschrift „Das Ende der Wahrheit“ beschreibt Hayek, wie Sprache als manipulatives Machtmittel missbraucht wird: „Die erfolgreichste Technik zu diesem Zweck besteht darin, die alten Worte beizubehalten, aber ihren Sinn zu ändern.“ Es ist deshalb entscheidend, Doppel- und Fehldeutungen aufzudecken, da es eine gängige Woke-Strategie ist, allgemein gebräuchliche Begriffe ideologisch umzudeuten und sich bei Kritik auf die ursprüngliche Definition zu berufen. Stilprägend sind dabei zunächst ein Scheinbekenntnis zum ursprünglichen Wesenskern und anschließend die meist versteckte Abkehr. Schauen wir etwa auf die „sozial-ökologische Marktwirtschaft“. Da die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland einen Ruf wie Donnerhall besitzt, wurde der angestrebte Systemwechsel nicht offen vollzogen, sondern als trojanisches Pferd einer begrifflichen Weiterentwicklung erreicht. Der neue Begriff suggeriert, dass das ursprüngliche Konzept lediglich um die ökologische Komponente erweitert wurde. Doch in den Jahreswirtschaftsberichten des Bundeswirtschaftsministeriums, in der vor staatlichem Interventionismus tiefenden Industriestrategie oder unter der Begriffsverenkung „transformative Angebotspolitik“ wurde ein Konzept als sozial-ökologische Marktwirtschaft aus-

Anzeige

Bereits heute ist die Stahlproduktion von Max Aicher gelebte Kreislaufwirtschaft: In den Elektrolichtbogenöfen der Lech-Stahlwerke, einem Max Aicher Unternehmen, wird ausschließlich Stahlschrott aus regionalen Quellen zu hochwertigem Stahl verarbeitet. Im Sinne des Synergiestrebens von Max Aicher und einer vertikal integrierten Wertschöpfungskette wird rund ein Drittel des Schrotts über das eigene Recyclingunternehmen bezogen. Dieser ressourcenoptimierte Stahl ist überall auf der Welt zu finden – von den Fundamenten des One World Trade Centers in New York, über den Maschinenbau, bis hin zum Antriebsstrang für die Mobilität von Morgen.

LOCAS - B A Y E R N . D E

**STAHL
AUS
BAYERN.**

Auch in der Zukunft wird die Max Aicher Stiftung großen Wert auf Energie, Umweltschutz und Effizienz legen.

Wir denken weiter. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft.

buchstabiert, das mit dem ursprünglichen Ordnungskonzept Ludwig Erhards ganz und gar unvereinbar ist – ein Programm gegen Marktwirtschaft und Eigenverantwortung. Interventionismus und Ordnungspolitik sind zwei widerstreitende Paradigmen in der Wirtschaftspolitik. Je mehr der Begriff mit Auslegungen und Einschränkungen überfrachtet und mit vollkommen wesensfremden Inhalten vollgepackt wird, desto mehr wird die ursprüngliche Konzeption ausgehöhlt.

Ähnlich verhält es sich bei dem Begriff Rassismus. Für die meisten Menschen ist es zum Glück fest im Wertekanon verankert, gegen Diskriminierung einzutreten. In der extremen Woke-Auslegung meint der Begriff hingegen die Pauschalverurteilung von Mitgliedern einer vermeintlichen Unterdrückerguppe – etwa die berühmten „alten weißen Männer“. Auch hier wirkt mitunter derselbe Mechanismus: Denn auf die Spitze getrieben führt diese Argumentation zur Demontage des liberalen westlichen Wertesystems, das plötzlich in seiner Gesamtheit als rassistischer Unterdrückungsapparat betrachtet wird. Wer darüber Bedenken äußert, setzt sich der Gefahr aus, selbst Rassismus im herkömmlichen Sinne vorgeworfen zu bekommen. Dieses Muster lässt wichtige Maßstäbe verrutschen. Denn augenscheinlich wird der wichtige Begriff „Rassismus“ verharmlost und entwertet, wenn man ihn gedankenlos instrumentalisiert, um einen politischen Herausforderer möglichst hart zu diskreditieren, statt ihn verantwortungsvoll einzusetzen, um wirklich diskriminierende Denk- und Verhaltensweisen, zu verurteilen.

Die Liste lässt sich auch um völlig sinnbefreite und widersprüchliche Wortneuschöpfungen erweitern. Die Bezeichnung ausufernder neuer Schulden als „Sondervermögen“ oder die Benennung einer europäischen Umverteilungsmaschinerie als „Wiederaufbaufonds“ (obgleich gar nichts kaputt gegangen ist) sind nur zwei besonders eklatante Beispiele.

Gendern

Ausgangspunkt des Genderns ist die Unterstellung, dass Sprache ein wesentliches Medium der Diskriminierung darstellt. Aus dieser Behauptung wird dann die Notwendigkeit abgeleitet, das Bewusstsein der Menschen durch die Prägung einer neuen, „geschlechtergerechten“ Sprache formen zu müssen. Eine Bewegung, die mit der erklärten Absicht ins Sprachsystem eingreift, über das Denken der Sprachrezipienten die Wirklichkeit zu verändern, ist offensichtlich illiberal. Doch die Gender-Aktivist*innen nutzen geschickt die Sprachmaske von Toleranz und sozialer Gerechtigkeit, um kritische Stimmen zu diffamieren. So wird unredlicherweise suggeriert, Personen würden alleine schon dadurch Partei für die Ungerechtigkeit ergreifen, wenn sie nicht mitgendern. Der hohe Wert der Gleichberechtigung steht glücklicherweise auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Kontroverse über das Gendern hingegen ist ein legitimer Streit um ein Werkzeug und die

Frage, ob es ein geeignetes Mittel zur Zielerreichung ist. Es geht dabei um korrekte Grammatik, Sprachgefühl und die Frage, ob Menschen durch das Oktroi einer neuen Sprache umerzogen werden sollen bzw. welche gesellschaftlichen Aus- und Folgewirkungen das hat.

Die Minderheit, die sich dem Gender-Programm verschrieben hat, sieht sich in der Rolle des Anwalts, der sich selbst bevollmächtigt für die eigentlich Betroffenen zu sprechen und die Mission verfolgt, mit einer angeblich rückständigen Sprachpraxis zu brechen. Doch schon die Begründung für die vermeintliche Notwendigkeit einer „diskriminierungsfreien“ Sprache beruht auf höchst fragwürdigen Vorstellungen – von der vorsätzlichen Verwechslung vom grammatischen mit dem biologischen Geschlecht bis hin zur Behauptung, Frauen seien bei Verwendung des generischen Maskulinums „nur mitgemeint“, es sei also „pseudogenerisch“.

Das generische Maskulinum ist ein neutraler Allgemeinbegriff, der sich auf Personen ungeachtet ihres Geschlechts bezieht (Bürger, Experten). Es bietet den bewährten Vorteil, verallgemeinernd von Personen zu sprechen, ohne deren Geschlecht schon durch die Wortwahl „markieren“ zu müssen. Doch im Rahmen der pädagogisierenden Gendersprache wird das generische Maskulinum, das eigentlich alle Menschen einschließt, fortan verpönt und als anti-emanzipatorisch geschmäht. Entsprechend wird versucht, diese Sprachform tunlichst zu umgehen und sie durch unpraktische und oft missverständliche oder sogar sinnverfälschende Wendungen zu ersetzen. Ob Doppelpunkt, Genderstern, mit neuen Bedeutungen belegte Sonderzeichen, komplizierte Partizipialkonstruktionen oder Beidnennungen: Es ist kaum bestreitbar, dass gendern zu einer künstlichen Aufblähung der Sprache, dem Verlust an sprachlicher Prägnanz und mitunter einem Verletzen des ästhetischen Empfindens führt.

Selbst auf der abendlichen Feier wird der Student dann zum „Studierenden“, fremdartige und künstliche Neuformen werden geschaffen (Gästin, Vorständin), Verlaufsformen werden semantisch falsch verwendet (verstorbene Mitarbeitende / nicht wählende Wählende), ungrammatische Formen benutzt (Arzt*in) oder falsch neugebildet (Krankenschwester:innen, Interessiert:innen). Neben der grotesken Verkomplizierung trägt das Gendern auch zu einer Entpersönlichung der Sprache durch Neutralisierungstechniken bei (Kollegium statt Kollegen).

Der Sprachwissenschaftler Eckhard Meineke hat eine tiefgründige Analyse dieser generischen Formen und ihrer ideologischer Verformungen vorgelegt. Er holt dabei auch einen Akteur aufs Spielfeld zurück, den die Aktivist*innen des Genderns vorsätzlich übersehen: den verständigen Hörer und Leser. Ein aufgeklärtes Publikum verfügt über die kognitiven Fähigkeiten und die Abstraktionsleistung, um zu erkennen, dass die „Einwohner Hamburgs“ eben nicht

ausschließlich Männer sind, sondern sämtliche Bewohner dieser Stadt umfassen. Es ist daher nicht nur sinnlos, ständig die Intelligenz des Publikums zu unterfordern. Nein, diese Art des betreuten Sprechens richtet sogar gewaltigen Schaden an. Bei immer mehr Menschen wächst die Wahrnehmung, dass es ohne ihr Zutun zu einer schleichenden Entfremdung von dem kommt, was einst Muttersprache, Lesesprache und Bildungssprache war.

Bei einem Großteil der Bevölkerung erfährt das Gendern deshalb eine entschiedene Ablehnung. Es wird als aufdringlich und anmaßend empfunden. Gemeinsame Sprache bildet ein wichtiges gesellschaftliches Band. Wer seiner Bevölkerung die vertraute Sprache nimmt, raubt ihr ein Stück Heimat und Verlässlichkeit und riskiert, dass sich Bürger von den Akteuren abwenden, die das verbindende Kommunikationsmedium in eine Baustelle bevorzughender Sprachexperimente verwandeln. So steht es außer Frage, dass etwa der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Hochschulen, Kirchen und auch Teile der Politik als verbreitungsstarke Propagandisten der Gendersprache viel Vertrauen in der Bevölkerung verspielt haben.

V. Rolle der Unternehmen

In der Sozialen Marktwirtschaft nehmen Unternehmer eine herausgehobene Rolle ein. Sie funktioniert nur solange, wie sich Vorbilder auch vorbildlich verhalten. Die Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass recht verstandenes wirtschaftliches Handeln immer eine ethische Dimension hat. Verantwortungslose Freiheit und mangelnde Orientierung an den Tugenden bringen die Soziale Marktwirtschaft unweigerlich zum Scheitern. Ludwig Erhard hat deshalb stets betont, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht nur Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit in Ausgleich bringt, sondern beides untrennbar mit der „sittlichen Verantwortung jedes einzelnen“ verbunden ist.

Sollten Unternehmen deshalb auf Nachhaltigkeit achten? Sollten sie ihre Mitarbeiter fair behandeln? Sollten sie sich für Toleranz und gegen Diskriminierung einsetzen? Sollten gerade die Verantwortungsträger Haltung zeigen? Ja, zu all diesen Fragen. Eine recht verstandene verantwortete Freiheit entfaltet als Verbindung von Effizienz und Gemeinwohl immer eine positive Dynamik. Keinesfalls jedoch sollten sich Unternehmen ideologisch vereinnahmen lassen. Wirtschaft und ihre Unternehmen existieren nicht, um Menschen sittlich oder politisch zu erziehen. Wirtschaft und Unternehmen sind dafür da, die Bedürfnisse und Präferenzen von Menschen über den Markt zu koordinieren und qualitativ gute Produkte zu einem vernünftigen Preis unter verantwortbaren Bedingungen herzustellen. So sehr eine verantwortete Freiheit und eine klare Haltung zu bejahen sind, so sehr ist ebenso die Rolle von Unternehmen als Teil eines Kulturkampfes strikt abzulehnen.

In Deutschland wird bedauerlicherweise zu häufig mit einem völlig entrückten Zerrbild auf Unternehmen und

Wirtschaft geschaut. Marktgesetze werden leichtfertig und unfundiert als unmoralisch abgetan, weil der ihnen innewohnende Wettbewerbsmechanismus angeblich zu einer darwinschen „Ellbogen-Mentalität“ auf Kosten der Schwachen führe. Die verdrehten und unhaltbaren Behauptungen einer solch unreflektierten Kapitalismuskritik haben zur Folge, dass die Soziale Marktwirtschaft Reputation und Akzeptanz in der Gesellschaft verliert. Das absurde Ergebnis: Die Instanz, die die Umverteilung von Wertschöpfung organisiert – also der Staat –, wird als moralisch höherwertig angesehen, als diejenigen, die die Wertschöpfung schaffen und damit die Umverteilung überhaupt erst ermöglichen, – also die Unternehmer. Selbstverständlich ist es unverzichtbar, dieser eklatanten Fehlwahrnehmung entgegenzuwirken. Doch ein Überschießen kann nur zu Enttäuschungen führen. Unternehmen taugen nicht als Ersatz für nicht mehr als zeitgemäß wahrgenommene religiöse Institutionen.

Es passt doch nicht zusammen: Millionen Menschen können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, bei vielen Unternehmen geht es um die nackte Existenz und wir diskutieren, ob man im Kindergarten noch Indianer spielen darf. Und es kann doch auch nicht sein, dass gerade in Deutschland – dem Land der Tüftler und Ingenieure – der Zeitgeist durch Angst und Misstrauen vor Innovationen und Technik geprägt ist. Fortschrittskeptiker und Verzichtsapostel geben zu lange den Ton an. Erfolgreiche

„In Deutschland wird bedauerlicherweise zu häufig mit einem völlig entrückten Zerrbild auf Unternehmen geschaut.“

Transformationen funktionieren doch nicht durch orwellische Sprach- und Denkverbote oder kleinteilige Technikvorgaben. Nein, sie gelingen durch die kühnen Gedanken genialer Außenseiter, die kreativen Versuche fantastischer Traumtänzer und die Freude und Begeisterung für Technik – einen mutigen Pioniergeist à la Bertha Benz. Es geht darum, viele verschiedene Ideen gleichzeitig auszuprobieren. Umso mehr braucht es dringend wieder eine Kultur, die dem politischen Gegner nicht schon im ersten Reflex den richtigen Willen zum „ob“ abspricht, sondern die sich mit dem mühsamen „wie“ auseinandersetzt. Wir müssen wieder lernen, das bessere Argument an die Stelle von Zwang und eines spalterischen Freund-Feind-Denkens treten zu lassen. Wir brauchen einen Staat, der sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert und mit regelbasierter Politik das Vertrauen der Bürger und die innovativen Kräfte des Marktes fördert. Gerade jetzt ist eine Rückbesinnung auf die Stärken der Wirtschaftswunderzeit gefragt – auf Freiheit, Verantwortung, Lust auf Zukunft und Vertrauen in die Selbstheilungskräfte einer liberalen, offenen Gesellschaft. ■

RÜCKBLICK | EINBLICK | AUSBLICK

BRÜSSEL

„Energie- und Klimapolitik unter internationalem Druck – die Pläne der neuen Kommission“

Wie kann Europa seine Energieversorgung in Zeiten geopolitischer Spannungen sichern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie bewahren? Diese Frage stand im Zentrum des Europäischen Energie-Symposiums am 26. März 2025 in Brüssel, zu dem der Wirtschaftsrat

der CDU e.V. in den Club de Warande geladen hatte. Vor rund 150 Gästen aus Politik, Wirtschaft und den EU-Institutionen wurde intensiv über die energiepolitischen Herausforderungen und Prioritäten der neuen EU-Kommission diskutiert. Unter dem Leitmotiv einer realistischen und zukunftsorientierten Energiepolitik plädierten die Teilnehmenden für einen technologieoffenen, bezahlbaren, genehmigungsfreundlichen und wirtschaftlich tragfähigen Ansatz.

Den Auftakt machten Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, und Corinna Grajetzky, Director for European Affairs bei ENGIE sowie Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates Brüssel. Im Anschluss beleuchtete das erste Podium unter der

Moderation von Christophe Hug (Tilia GmbH) die Rolle von Industrie, Gebäuden und Mobilität beim Erreichen des Null-Emissions-Ziels. Unter den Diskutanten: Marion Walsmann MdEP, Joaquim Nunes de Almeida (Europäische Kommission), sowie führende Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Keynote von EU-Energiekommissar Dan Jørgensen, der zentrale Eckpunkte der Energiepolitik der neuen Kommission vorstellte – mit besonderem Fokus auf Versorgungssicherheit, Infrastrukturausbau und Innovationsförderung.

In der zweiten Diskussionsrunde ging es um den „Clean Industrial Deal“ und seine Bedeutung für Europas Wirtschaftsstandort. Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Christof Lessenich (EU-Kommission) und zahlreiche Branchenexpertinnen und -experten diskutierten unter der Moderation von Volker Backs (Speira GmbH) über Wege zur nachhaltigen Transformation der Industrie – von Strommärkten über Netzinfrastruktur bis hin zu neuen Technologien wie Fusion.

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, zog ein abschließendes Resümee der Veranstaltung. Der anschließende Empfang bot Raum für den persönlichen Austausch und das Knüpfen neuer Kontakte. Europas Energiepolitik steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Das Symposium hat deutlich gemacht: Nur mit einem klaren, praxisnahen und wirtschaftsfreundlichen Kurs wird die grüne Transformation ein Erfolg



Astrid Hamker, Präsidentin
des Wirtschaftsrates



EU-Energiekommissar
Dan Jørgensen



Rund 150 Gäste aus Politik, Wirtschaft und den EU-Institutionen kamen auf Einladung des Wirtschaftsrates der CDU zum Europäischen Energie-Symposium in den Club de Warande.

THÜRINGEN

„Startbahn für Ideen“ – Unternehmerfrühstück am Erfurter Airport

In den frühen Morgenstunden begrüßte Dr. Wolfgang Weisskopf, Sektionssprecher und Mitglied des Thüringer Landtages, die Teilnehmenden zu einer Veranstaltung mit spannenden Einblicken in die aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven des Flughafens Erfurt/Weimar. Gastgeber des Treffens waren die Geschäftsführerin des Flughafens, Frau Susanne Hermann, sowie ihr Prokurist Herr Carsten Blank, die offen und kenntnisreich über die wirtschaftlichen Herausforderungen sowie die strategische Entwicklung des Flughafens berichteten.

Der Flughafen Erfurt/Weimar beschäftigt derzeit rund 150 festangestellte Mitarbeitende und kann in Spitzenzeiten auf über 500 Beschäftigte aufgestockt werden. Ein bemerkenswerter Erfolg: Seit 2024 ist der Flughafen schuldenfrei und muss keine Kredite mehr bedienen. Dies schlägt sich auch in der sinkenden Höhe der Landeszuschüsse nieder – von aktuell 5,3 Millionen Euro (2024) auf voraussichtlich 2,7 Millionen Euro im Jahr 2027.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der Passagierzahlen: Nach einem pandemiebedingten Rückgang erwartet der Flughafen für das Jahr 2025 rund 200.000 Passagiere – ein deutlicher Anstieg gegenüber den 170.000 Passagieren im Jahr 2024. Gleichzeitig bleibt die wirtschaftliche Lage angespannt. Staatliche Vorgaben, steigende Luftverkehrssteuern sowie Sicherheitsgebühren – teilweise um bis zu 50 Prozent – stellen eine erhebliche Belastung dar, nicht nur für den Flughafen Erfurt/Weimar, sondern für alle deutschen Flughäfen.

Besonders hervorgehoben wurde der fiskalische Nutzen des Flughafens für die Region: Mit einem Gesamt-

volumen von über 26 Millionen Euro an wirtschaftlichen Effekten, darunter etwa 10,1 Millionen Euro an Lohn- und Einkommenssteuern, ist der Flughafen nicht nur ein Verkehrsknotenpunkt, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber und Dienstleister für



Foto: Wirtschaftsrat

Gesprächsrunde am Flughafen Erfurt/Weimar: Flughafen-Geschäftsführerin Susanne Hermann und ihr Prokurist Carsten Blank berichten über die strategische Entwicklung und wirtschaftliche Herausforderungen.

Thüringen. Die Teilnehmenden zeigten sich beeindruckt von der Offenheit und Tiefe der Einblicke, die ihnen gewährt wurden. Der Wirtschaftsrat bedankt sich herzlich bei Frau Hermann und Herrn Blank für den informativen Austausch sowie die interessante Führung über das Flughafengelände.



Foto: Wirtschaftsrat

Nach einem pandemiebedingten Rückgang erwartet der Flughafen für das Jahr 2025 rund 200.000 Passagiere – ein deutlicher Anstieg gegenüber den 170.000 Passagieren im Jahr 2024. Gleichzeitig bleibt die wirtschaftliche Lage angespannt. Staatliche Vorgaben, steigende Luftverkehrssteuern sowie Sicherheitsgebühren – teilweise um bis zu 50 Prozent – stellen eine erhebliche Belastung dar.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Wir brauchen Kasernen!“

Trotz intensiven Wahlkampfs war Dr. Johann Wadephul MdB der Einladung von Sektionssprecher Holger Bajorat in die Holstenhallen gefolgt. Bei der Diskussionsveranstaltung der Sektion Neumünster waren die innere und äußere Sicherheit in Deutschland und vor allem der Ausbau der Bundeswehr in Schleswig-Holstein das beherrschende Thema. Unter den Mitgliedern und Gästen waren interessierte Vertreter aus den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Maritime Wirtschaft anwesend. Von der Münchner Sicherheitskonferenz, auf der u.a. Friedrich Merz gesprochen hatte, war Dr. Wadephul als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde sehr beeindruckt zurückgekommen. Auf Deutschland ruhten derzeit große Erwartungen: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Ukraine nicht in Putins Hände fällt!“ Diese Debatte habe sich trotz der veränderten politischen Lage durch Äußerungen von US-Präsident Donald Trump nicht geändert. Es sollte im Interesse Europas liegen, dass die Ukraine keine Niederlage erleide.

Die Situation werde nach den Bundestagswahlen am 23. Februar 2025 eine andere sein. Eine mit einem stabilen Deutschland, zeigte sich der 62-Jährige überzeugt. In Frankreich und Großbritannien herrsche politische Instabilität. Somit sei es umso wichtiger, dass sich in Deutschland schnell eine stabile Regierung bilde. Für die Bundeswehr müssten Ausgaben von drei Prozent des BIP eingeplant werden. Das ist ein „ganz schöner Schluck aus der Pulle“, wie Dr. Wadephul einräumte. Hier gehe es jetzt vor allem ums Umsetzen, auch neue Schulden würden auf uns zukommen. Bei den Sozialausgaben sehe er hingegen Einsparpotenzial.

Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein würden ausgebaut, modernisiert und vergrößert, denn: „Wir brauchen Kasernen“, betonte Dr. Wadephul. Standorte wie Hohn würden auf den neusten Stand gebracht. Auch der Ausbau der A20 und der A21 sei ein Thema, da ohne deren Ausbau keine Truppentransporte in ausreichender Menge möglich seien. Ein weiterer wichtiger Faktor für den Standort

Schleswig-Holstein seien die Werften. Da es insgesamt zu wenige gebe, sei es richtig, dass die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft und die Nobiskrug Werft gerettet würden. Dr. Wadephul machte deutlich, dass jetzt nicht zehn Jahre für die Entwicklung von neuen Panzern, Flugzeugen und Fregatten ins Land ziehen dürften, sondern dass bis zum 01. Juli 2026 standardisierte Waffensysteme zur Verfügung stehen müssten. Dafür müsse dann auch nicht alles auf dem neuesten Stand sein.

Im Anschluss an das Eingangsstatement des Abgeordneten diskutierten die Teilnehmer über die bisherigen Erfahrungen mit dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz. Stimmen aus dem Publikum bezeichnen das BAAINBw als Verhinderer, was ein großes Problem darstelle. Dr. Wadephul bestätigt dies im Grundsatz, betonte aber auch, dass dort fähiges Personal vorhanden sei und dass nach der Wahl auch in Koblenz wieder Schwung aufgenommen werde.

„Vereinfachen ist kompliziert“

Fragt man Unternehmer heutzutage nach ihren größten „Schmerzpunkten“, so wird zuverlässig neben „Energiekosten“ und „Fach-/Arbeitskräftemangel“ der Komplex „Bürokratie und Überregulierung“ als größte Belastung genannt. Aus diesem Grund hat die Sektion Segeberg ihre Veranstaltungen des Jahres 2025 unter das Motto „Bürokratieabbau“ gestellt. In der ersten Diskussionsrunde unter Leitung von Sektionssprecher Tomas Kleitsch ging es exemplarisch um die CSRD-Vorschriften der Europäischen Union. Als schleswig-holsteinischer Abgeordneter im Europäischen Parlament war daher Niclas Herbst MdEP nach Henstedt-Ulzburg gekommen.

Herbst sah sich sogleich in einer Situation, in der er als Europaabgeordneter für eine Verordnung (CSRD) verantwortlich gemacht wurde, die er nach eigenem Bekunden selbst ablehne. Sie stamme zudem noch aus einem Parlament mit anderen Mehrheitsverhältnissen und von einer Kommission mit anderem Personal. Nach der jüngsten Europawahl stammten von den 27 Mitgliedern der Kommission mittlerweile 14 aus der EVP-Familie. Entsprechend sei auch die Ausrichtung der EU-Politik mittlerweile eine andere. Hinzu kämen neue geopolitische Rahmenbedingungen, die neue Prioritäten verlangten. Viel Geld müsse künftig in die europäische Verteidigung investiert werden, ohne dabei andere Bereiche wie die Agrarausgaben zu beschneiden. Das käme einer Quadratur des Kreises gleich, so der Abgeordnete. Um hier ein Zeichen zu setzen, sei als erstes die Verordnung für eine entwaldungsfreie Lieferkette (EUDR) für ein Jahr ausgesetzt worden. Im Parlament gebe es zudem keine Mehrheit mehr für den Green Deal.



Sektionssprecher Holger Bajorat (links) und Johann Wadephul.

Eine Mehrheit für mehr Wettbewerb gebe es hingegen aber auch noch nicht. Generell gelte in der EU leider: „Vereinfachen ist kompliziert“. Immerhin sei jetzt das Omnibus-Sammelverfahren auf den Weg gebracht worden, das Vereinfachungen bei der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und beim Lieferkettengesetz vorsehe. Doch Herbst betonte: „Die Kommission ist für eine Vereinfachung, nicht für die vollständige Deregulierung.“ Vollständig wegfallen würden diese Regelungen also nicht.

Die anschließende Diskussion warf die Frage aus, ob es nicht sinnvoller wäre, strengere Kontrollen und härtere Strafen bei Missbrauch einzuführen, anstatt pauschal alle Unternehmen unter Generalverdacht zu stellen und mit Regulierungen zu überziehen. Diese seien oftmals lediglich ein teures Geschenk für die Beratungswirtschaft. Auch sei fraglich, ob das Omnibus-Verfahren als politisches Signal ausreiche, um der aufgestauten Frustration der Unternehmer entgegenzuwirken. Es stelle sich die grundsätzliche Frage, welche Aufgaben der Staat leisten könne und leisten solle. Denn die Frage sei nicht, ob die Mitarbeiter



Foto: Wirtschaftsrat

Bei der Diskussion über Bürokratieabbau ging es auch um die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, strengere Kontrollen und härtere Strafen bei Missbrauch einzuführen, anstatt pauschal alle Unternehmen unter Generalverdacht zu stellen.

in den Verwaltungen schnell oder langsam arbeiteten. Wichtig sei vielmehr, dass sie effizient arbeiteten. Doch der Druck hierzu müsse aus den Ländern kommen und er baue sich mittlerweile durch die Lücken in den Haushalten auch tatsächlich auf.

HESSEN

Wirtschaft im Dialog: Zukunft des Gesundheitsmarktes im Fokus

Unter dem Titel „Investieren in den deutschen Gesundheitsmarkt – Kann man mit Gesundheit noch Geld verdienen?“ diskutierte die Sektion Frankfurt am Main des Wirtschaftsrates mit Expertinnen und Experten aus Politik, Gesundheitswirtschaft und Finanzwesen über die wirtschaftliche Zukunft des Gesundheitswesens. Moderiert von Aguedita Afemann, Landesgeschäftsführerin des Landesverbands der Privatkliniken in Hessen e.V., wurde schnell deutlich: Der Gesundheitsmarkt steht nicht nur vor einem wirtschaftlichen, sondern vor einem tiefgreifenden strukturellen Wandel.

Dr. Sonja Optendrenk, Staatssekretärin im Hessischen Gesundheitsministerium, betonte die Dringlichkeit von Strukturreformen. Entscheidend sei nicht die Trägerschaft

einer Einrichtung, sondern deren wirtschaftliche Tragfähigkeit und die Qualität der Versorgung. Auch Dr. Jürgen Dieter vom Hessischen Städtetag zeichnete ein klares Bild: Kommunen seien vielerorts am Limit, Investitionen dringend nötig – nicht als Luxus, sondern zur Sicherung der Grundversorgung. Manuel González, Aufsichtsratsvorsitzender der DRK Krankenhausgesellschaft Süd-West mbH, forderte eine Reform, die wirtschaftliche Realität und Versorgungsauftrag zusammendenkt. Ohne Rendite keine Innovation – und ohne Innovation keine verlässliche Versorgung. Auch Hauke Burkhardt von der Deutschen Bank machte deutlich: Investitionen scheitern häufig nicht am Kapital, sondern an fehlender Planungssicherheit. Gemeinwohlorientierung und wirtschaftliche Rentabilität müssten Hand in Hand gehen.

Sibylle Stauch-Eckmann, CEO der Ortheum GmbH, warf zudem einen kritischen Blick auf die Ambulantisierung. Der ambulante Sektor sei weder ausreichend vorbereitet noch angemessen eingebunden. Es brauche faire und transparente Regelungen für alle Versorgungsformen – unabhängig von der Trägerschaft.

Fazit der Veranstaltung: Der Gesundheitsmarkt in Deutschland benötigt verlässliche Rahmenbedingungen, effektive Strukturreformen und einen realistischen Blick auf Investitionen als Voraussetzung für nachhaltige Versorgung. Die Frage sei längst nicht mehr, ob man mit Gesundheit Geld verdienen dürfe – sondern wie Versorgung überhaupt noch gewährleistet werden kann.



Foto: Wirtschaftsrat

Wirtschaft im Dialog – auch mit der Hessischen Gesundheits-Staatssekretärin Sonja Optendrenk: „Entscheidend sei nicht die Trägerschaft einer Einrichtung, sondern deren wirtschaftliche Tragfähigkeit.“

SACHSEN

Konferenz über die deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehung

Der Wirtschaftsrat Sachsen veranstaltete unter Leitung von Victor Kantelhardt (LAG Nachbarstaaten) und mit Unterstützung von Tomasz Strykowski (Bundesfachkommission „Internationaler Kreis“) eine Konferenz zur Vertiefung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen in

Augustus des Starken zurückreichen, sowie deren heutige Dynamik im Kontext geopolitischer Entwicklungen. Deutschland ist Polens wichtigster Handels- und Investitionspartner, Polen wiederum viertgrößter Handelspartner Deutschlands. Uhle sprach sich für neue, zukunftsorientierte Kooperationsprojekte aus.

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, hob die Bedeutung der polnischen Community in Deutschland hervor und erinnerte an die gemeinsame, auch schmerzhafteste Geschichte. Sie betonte die Relevanz des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Polen, Frankreich) und forderte eine stärkere europäische Bündelung wirtschaftlicher Kräfte angesichts globaler Konkurrenz durch USA, China und BRICS.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Kooperation in den Bereichen Energie, Rüstung, Logistik und Landwirtschaft. Ziel war es, erste Kontakte zu knüpfen und Potenziale für gemeinsame Projekte auszuloten. Janusz Piechociński, ehemaliger polnischer Wirtschaftsminister, stellte wirtschaftliche Chancen in Mittelasien vor und warb für eine stärkere Nutzung usbekischer Fachkräfte. In Fachpanels diskutierten Unternehmen wie Hermes, Zufall Logistik, RWE, ZPUE, Cedrob foods, Heckler & Koch sowie polnische Firmen der Rüstungsindustrie über gemeinsame Interessen. Viele Teilnehmer vereinbarten weiterführende Gespräche. Der Wirtschaftsrat Sachsen plant, die Ergebnisse für künftige Branchentreffen zu nutzen und gemeinsam mit Piechociński den Regierungen beider Länder vorzulegen. ■



Die Konferenz über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wurde auch von Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker besucht.

Görlitz. Die Veranstaltung im Hotel „Gut am See“ brachte führende Wirtschaftsvertreter beider Länder zusammen. Im Zentrum standen globale Herausforderungen und die wirtschaftliche Vernetzung Europas mit der Welt.

Dr. Dino Uhle, Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates, betonte die historischen Wurzeln der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, die bis in die Zeit



Die historischen Wurzeln der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen reichen bis in die Zeit Augustus des Starken zurück. Heute ist Deutschland Polens wichtigster Handels- und Investitionspartner, Polen wiederum viertgrößter Handelspartner Deutschlands.

Im Spiegel der Medien

Ampel-Aus, Wahlkampf und Regierungsbildung

T-Online | 07.11.2024

„Erbärmlich“: Wirtschaft reagiert auf das Ampel-Aus. Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU, meint, dass sich Deutschland keine Regierung leisten könnte, „die sich siechend dahinschleppt“. Ihre Analyse des Wirtschaftsstandorts Deutschland fällt verheerend aus: „Schlusslicht beim Wachstum, Kapitalflucht und Regulierungs-, Strompreis- und Abgaben-Weltmeister“, sagte sie t-online. Es sei nun ein Befreiungsschlag nötig, in der Art, wie Christian Lindner ihn mit seinem Wirtschaftspapier eingefordert habe.

Börsen-Zeitung | 21.11.2024

Gastbeitrag von Wolfgang Steiger: Die Soziale Marktwirtschaft lebt von schöpferischen Prozessen, zu denen selbstverständlich auch Übernahmen und Fusionen wie Marktvereinigungen und Konkurse gehören. Manche politische Reaktion auf die Übernahmeabsicht der Unicredit in Richtung Commerzbank war hingegen eher reflexhaft als fundiert – und keineswegs im marktwirtschaftlichen Sinne begründet. Aber dennoch muss man sich die Folgen der möglichen Übernahme der Commerzbank sehr konkret unter Risiko-Aspekten ansehen.

Stern | 14.01.2025

Habecks Plan zu Sozialabgaben für Kapitaleinkünfte sorgt weiter für Diskussionen: Der CDU-nahe Wirtschaftsrat kritisierte, Habecks Pläne würden „private Vorsorgebemühungen konterkarieren“.

Zeit Online | 08.01.2025

Der Wirtschaftsrat der CDU hat sich gegen die Forderung der CSU nach einer Ausweitung der sogenannten Mütterrente ausgesprochen. Er verweist auf die zusätzlichen Kosten, die nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung rund 4,45 Milliarden Euro jährlich betragen würden. „Die schwerste strukturelle Wirtschaftskrise der Bundesrepublik ist keine Zeit für Sozialgeschenke“, sagte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, der Augsburger Allgemeinen.

WirtschaftsWoche | 10.01.2025

Wirtschaftsrat äußert sich positiv zu „Agenda 2030“, den wirtschaftspolitischen Forderungen der CDU: Es fänden sich darin viele Forderungen, für die wir uns als Wirtschaftsrat seit langem stark machen, sagte Steiger der WirtschaftsWoche mit einer Ergänzung: Im Bereich der demografischen Entwicklung wird es mehr Ehrgeiz brauchen.

Rheinische Post | 24.01.2025

Die Wirtschaftsrat-Präsidentin Astrid Hamker betonte in einem großen Interview mit der Rheinischen Post, dass der neue US-Präsident für Europa nicht nur Risiko, sondern auch Chance sei. Hierzulande will Hamker die Vorschriftenflut für die Wirtschaft lichten und tritt für niedrigere Steuern ein.

Business Insider | 27.01.2025

Aktiengewinne sollten nach 10 Jahren steuerfrei sein, fordert der Junge Wirtschaftsrat der CDU. Darüber hinaus sollten Sparerfreibeträge kumulativ gestaltet werden, um den Vermögensaufbau zu fördern.

Süddeutsche Zeitung | 11.02.2025

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, übt in ihrer Rede beim Branchentreffen scharfe Kritik an der Energiepolitik der Ampelregierung: Eine neue Bundesregierung müsse sich endlich vom teuren und ineffizienten „energiepolitischen Mikromanagement verabschieden“, nötig seien mehr Vertrauen in marktwirtschaftliche Lösungen sowie Technologieoffenheit. Es sei auch ein „schwerer strategischer Fehler“ gewesen, trotz des Endes der russischen Gaslieferungen die drei letzten Kernkraftwerke abzuschalten.

Börsen-Zeitung | 13.02.2025

Der Wirtschaftsrat der CDU hat einen detaillierten Plan zur Neujustierung öffentlicher Aufgaben und Prozesse ausgearbeitet, der direkt nach der Bundestagswahl angegangen werden sollte. In einem elfseitigen, noch unveröffentlichten

Papier hierzu, das der Börsen-Zeitung vorliegt, plädiert der Rat für eine umfassende Verwaltungsreform sowie eine Digitalisierung auf allen föderalen Ebenen. Im Fokus steht zugleich eine deutliche Reduzierung der Regulierung.

Offenbach-Post | 19.02.2025

Nur wenige Menschen sind in der deutschen Wirtschaft und Politik so gut vernetzt wie Wolfgang Steiger, schreibt die Offenbach-Post. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU habe sein Ohr nah dran an kommunalen und großen Unternehmen und einen guten Draht zur Bundespolitik. Den deutschen Unternehmen gehe es derzeit schlecht, das Land sei wirtschaftliches Schlusslicht unter den Industriestaaten, weist Steiger auf das ausbleibende Wachstum hin.



Foto: Jens Schicke

DIE WELT | 20.02.2025

Kurz vor der Bundestagswahl erhöht der Wirtschaftsrat den Druck auf den Kanzlerkandidaten Friedrich Merz und fordert von der Union einen „grundlegenden Politikwechsel“. Die Welt hat exklusiv Einblick in die Mitgliederumfrage des Wirtschaftsrates erhalten, der mehr als 12.000 Mitglieder zählt. Diese bestehen hauptsächlich aus Managern und Unternehmern, die weitreichende Verbesserungen für den Wirtschaftsstandort fordern. Über 90 Prozent der Befragten verlangten etwa eine „wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung“, eine Entbürokratisierung und Beschleunigung der Verwaltung sowie eine kostengünstige und sichere Energieversorgung.

Handelsblatt | 24.02.2025

Nach den Bundestagswahlen sieht der Wirtschaftsrat große Herausforderungen auf den vermutlich künftigen Bundeskanzler Friedrich Merz zukommen. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, betonte gegenüber dem Handelsblatt: „Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt.“

WirtschaftsWoche | 24.02.2025

Der Wirtschaftsrat meldet sich bereits am Wahlabend mit ersten Reaktionen aus der Wirtschaft. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, äußerte sich gegenüber der WirtschaftsWoche zu den aktuellen politischen

Herausforderungen. Zwar gehörten Kompromisse zum Wesen der Demokratie, so Steiger, doch eine Demokratie sei ohne das Vertrauen der Menschen wenig wert. Um dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen, sei jetzt ein grundlegender Politikwechsel notwendig – insbesondere in der Wirtschaftspolitik.

Handelsblatt | 04.03.2025

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt zu einem möglichen Sondervermögen für die Verteidigung. Er betonte hierbei, dass ein solches als „zweckgebundene Übergangslösung“ in Frage komme. „Es müsste mit Strukturreformen für mehr Wirtschaftswachstum einhergehen und die privaten Investitionen in andere Bereiche wie die Infrastruktur deutlich stärker einbeziehen.“

FAZ | 05.03.2025

Der Wirtschaftsrat der CDU reagiert skeptisch auf die aktuellen Pläne zur massiven Ausweitung des Schuldenrahmens. „Das Motto: ‚Die Union gewinnt die Wahlen, die SPD bestimmt den Kurs der Verhandlungen, wird kein Erfolgsmodell‘“, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Das Gesamtpaket habe nur eine Chance, wenn die SPD grundlegende Maßnahmen für einen starken Wirtschaftsstandort, sichere Grenzen und gegen eine dauerhafte Defizitfinanzierung mittrage.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 09.03.2025

Der Wirtschaftsrat fordert die Abschaffung der Mietpreisbremse sowie weiterer Regulierungen wie der Kappungsgrenze und der Deckelung der Modernisierungumlage. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, äußerte sich gegenüber der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zur aktuellen Wohnungspolitik. „Eine stärkere Subjektförderung, die zielgenau Mieter mit kleinem Einkommen entlastet, würde helfen, die soziale Verträglichkeit von Neubau wie Wärmewende abzusichern.“ Zugleich ließen sich Baukosten damit leichter refinanzieren, argumentierte Steiger.

Reuters | 13.03.2025

„Die Kosten für die Fixierung des Rentenniveaus und eine Mütterrente 3.0 würden sich auf mindestens 500 Milliarden Euro in den kommenden 20 Jahren summieren“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, der Nachrichtenagentur Reuters. „Angesichts der zuletzt massiv verschärften Bedrohungslage ist eine zusätzliche Schuldenaufnahme für die Verteidigungsfähigkeit vertretbar“, sagte er. „Alle weiteren Aufgaben müssen jedoch aus den laufenden Haushalten finanziert werden.“ Steiger forderte eine konsequente Priorisierung der Ausgaben, Ausgabenposten müssten gestrichen werden.

Zeitungen der FUNKE-Gruppe (u. a. Hamburger Abendblatt) | 18.03.2025

Der Wirtschaftsrat hat sich mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen gegen höhere Rentenbeiträge ausgesprochen. In einem Brief an den SPD-Parteivorsitzenden plädiert er stattdessen für eine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze. „Der ehemalige SPD-Parteivorsitzende und Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, hatte hierfür eine Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre durchgesetzt. Nun, knapp eine Generation später, wäre entsprechend der zwischenzeitlich gestiegenen Lebenserwartung ein Beschluss für eine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze der Königsweg“, schreiben die Präsidentin und der Generalsekretär des Wirtschaftsrates an Saskia Esken und Lars Klingbeil.

Neue Osnabrücker Zeitung | 18.03.2025

Der Wirtschaftsrat äußert deutliche Bedenken gegenüber dem geplanten Finanzpaket und warnt vor dessen wirtschaftlichen Auswirkungen. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung machte die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, deutlich, dass das Finanzpaket unter anderem die Inflation treiben werde, und fordert deshalb tiefgreifende Strukturreformen.

t-online | 19.03.2025

Wirtschaftsrat stellt Bündel an Forderungen an künftige Regierung: Der Wirtschaftsrat richtet eine Reihe von Forderungen an die Koalitionäre, die von t-online, einem der reichweitenstärksten Nachrichtenportale Deutschlands, aufgegriffen wurden. Ein zentrales Anliegen ist demnach die Stärkung der Exportwirtschaft, die als Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft gilt. Der Wirtschaftsrat fordert bessere Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, um mehr privates Kapital anzulocken und Investitionen zu erleichtern. Besonders kritisch sieht der Verband die Energiepolitik. Generalsekretär Wolfgang Steiger betont: „Jahrzehntelang standen allein Klimaziele im Fokus, während Versorgungssicherheit als selbstverständlich galt und Kosten ignoriert wurden – ein schwerer Fehler.“

Handelsblatt | 25.03.2025

Wirtschaftsrat fordert engere Verzahnung von Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik: Der Wirtschaftsrat fordert, die nächste Bundesregierung müsse „Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik enger verzahnen und die Finanzierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in eine erweiterte Außenwirtschaftsfinanzierung integrieren. Das erfordert eine Aufteilung des bisherigen Entwicklungshilfeministerium in das Bundeswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt.“



Foto: Jens Schlicke

WirtschaftsWoche | 04.04.2025

Wirtschaftsrat sendet Appell an die Union: Die WirtschaftsWoche widmet sich ausführlich der Stimmung in der Union und in der Wirtschaft sowie der aktuellen Lage in den Koalitionsverhandlungen. Im Artikel heißt es: In der Union kennen sie die Kritik der Wirtschaft natürlich – besser als ihnen lieb sein kann. Sie bekommen die Sorgen jetzt täglich geschildert, auch ganz direkt, in Mails, Nachrichten, SMS. Das klingt dann ungefähr so: „Union und SPD stehen in großer Verantwortung, die sogar Einzug in die Geschichtsbücher finden kann“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, ein parteinaher Interessenverband. Steiger warnt Merz und Co., vor „fragwürdigen SPD-Positionen“ einzuknicken.

Süddeutsche Zeitung | 07.04.2025

Heiße Phase der Koalitionsverhandlungen: Die Süddeutsche Zeitung hat sich zum Wochenende ausführlich mit der Stimmung an der CDU-Basis sowie in der Wirtschaft beschäftigt. Im Text heißt es: Im Wirtschaftsrat der CDU regt sich ebenfalls Unmut. Der ist zwar trotz seines Namens keine Parteivereinigung, aber ein CDU-naher unternehmerischer Berufsverband. Bei den Mitgliedern überwiege ein erhebliches Unbehagen, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Da wurden seitens der CDU schnell viele Konzessionen gemacht, die kaum mit der zuvor vertretenen Linie kompatibel scheinen.“ Vor allem die 500 Milliarden Sondervermögen für die Infrastruktur sähen sie mit größter Sorge. „Wenn wir nicht aufpassen, werden die Milliarden verkonsumiert und verkommen zum Strohfeuer.“

Ärzte-Zeitung | 22.04.2025

Der Wirtschaftsrat der CDU begrüßt die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einsetzung einer Expertenkommission zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie einer Bund-Länder-Kommission für die Pflegereform. Aber: „Wer ernsthaft eine zukunfts-feste Strukturreform im Gesundheitswesen anstrebt, muss diejenigen einbinden, die die Realität im Alltag gestalten – und die sie finanzieren. Leistungserbringer wie Kliniken, Pflegeeinrichtungen und niedergelassene Ärzte ebenso wie die Krankenversicherungen dürfen nicht nur Zaungäste sein“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, der Ärzte-Zeitung. ■

Zum Schluss gefragt...

Drei Fragen an Christophe Darley



Foto: Jens Schicke

Welchen Trend sollten wir Ihrer Meinung nach ernster nehmen?

Seit Jahrzehnten dominiert der US-Dollar mit Abstand als Handels- und Devisenwährung. Die internationale Relevanz des Euros liegt weit hinter der realwirtschaftlichen, geökonomischen Bedeutung der EU zurück. Eine stärkere Rolle des Euros im Welthandel aber würde Europas finanzielle Unabhängigkeit stärken, die Kreditvergabe erleichtern und die Integration in globale Kapitalmärkte fördern. Ereignisse wie Trumps Sanktions- und Zollpolitik zeigen, wie wichtig es ist, sich vom US-Dollar unabhängiger zu machen. Dafür braucht es wirtschaftliche Stärke und fiskalische Stabilität in der EU.

Wer hat Sie beruflich am meisten geprägt – und wie?

Mein Job-Einstieg als Haushalts- und Finanzreferent der CDU-Landtagsfraktion NRW fand inmitten der

Finanzmarktkrise statt. Da habe ich sehr viel aus der Zusammenarbeit mit dem jetzigen Finanzminister NRW gelernt. Später war meine Zeit beim Bankenverband in Brüssel und Berlin prägend, allen voran, als ich für die Hauptgeschäftsführer Andreas Krautscheid und Christian Ossig Persönlicher Referent war.

Woran werden wir Ihrer Meinung nach in zehn Jahren gemessen?

Erstens, ob wir in Deutschland und der EU den Turnaround zu mehr Produktivität und Wachstum durch mehr Leistung in Wirtschaft und Gesellschaft geschafft haben! Zweitens, ob wir den Frieden in der Ukraine erreicht und gesichert haben. Und drittens, ob wir zusammen mit Polen und Frankreich das Vereinigte Königreich in eine besser funktionierende EU wieder zurückgeholt haben.

Der Bereich:

In dem 2023 im Wirtschaftsrat neu geschaffenen Bereich „Finanzmärkte, Europa und Internationales“ sind Themen rund um europäische Finanzmarktpolitik, Digital Banking, Außenwirtschaft und wirtschaftliche Finanzierung gebündelt. Hier werden auch Querschnittsthemen wie Staatsmodernisierung, Deregulierung und internationale Wirtschaftsbeziehungen bearbeitet – zudem die EU-Aktivitäten des Wirtschaftsrates mit dem Brüsseler Büro und dem Wissenschaftlichen Beirat.

Die Person:

Christophe Darley ist Diplom-Volkswirt und seit Januar 2023 Bereichsleiter beim Wirtschaftsrat. Davor war er Leiter der Abteilung Wirtschaft und Innovation der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dem gingen mehrere Jahre im Bundesverband deutscher Banken, unter anderem in Brüssel, voraus. In der Politik war er u.a. als langjähriger Büroleiter und Fachreferent für Mitglieder des Deutschen Bundestages im Bereich der Haushaltspolitik tätig.

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin,
für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Lukas Breitenbach
Johannes Gunst (v.i.S.d.P.)

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301
Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführerin:

Anne Schaaf
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-401
Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn,
3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00
BIC: DEUTDE33

Verlag:

Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Telefon 030/24087-310

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

quartalsweise

Anzeigenpreise:

Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Da für große Sprünge.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für alle.

Seit über 110 Jahren begleiten wir Kundinnen und Kunden als verlässlicher Partner für alle Versicherungs- und Finanzfragen durch ihr Leben. Mit maßgeschneiderten Dienstleistungen, erstklassigem Service und persönlicher Beratung. Und das alles selbstverständlich direkt in Ihrer Nähe. Denn darauf können Sie sich bei SIGNAL IDUNA verlassen: dass wir immer für Sie da sind.

